Mittwoch, 28. November 1928
10. Jahrg. Nummer 278

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telephon 560 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26, Telephon 4085; Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Koalition als Sicherung gegen Revolution

Stresemanns Parole für das Trustkapital

Am Sonntag hat die Großbourgeoisie durch den Mund Stresemanns ein unzweideutiges Bekenntnis zur Koalition mit der SPD. abgegeben. Vor dem Erweiterten Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei erklärte der Reichsaußenminister im Reichstag unter lautem Beifall: „Wir haben das größte Interesse daran, daß der staatsbürgerliche Gedanke in der Sozialdemokratie gestärkt wird und mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, um eine Stärkung des Kommunismus zu verhindern." Keinen Zweifel läßt der Führer der Schwerindustriellenpartei daran, daß die Sozialdemokratie ein Schutzschild der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, gegen die Kommunistische Partei, ist. Mögen alle Arbeiter, mögen besonders die Klassengenossen, die heute noch im sozialdemokratischen Lager stehen, diese Worte des Fraktionsvorsitzenden der Hüttenbarone hören! Das Interesse des werktätigen Volkes ist diametral entgegengesetzt den Interessen der Stresemänner, die in der SPD. — ihre stärkste Sicherung sehen. Schluß darum mit der SPD.! Zusammenballung aller revolutionären Kräfte in der roten Front der Kommunistischen Partei!

Die Verhandlungen selbst wurden mit einem Bericht **Stresemanns über die innen- und außenpolitische Lage** eingeleitet. **Stresemann sprach sich eindeutig für eine Regierung der Großen Koalition im Reich und Preußen** aus. Er wandte sich gegen gewisse Strömungen, die sich gegen eine Koalition mit der Sozialdemokratie richten, mit der Erklärung, **daß die Volkspartei das größte Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie habe, um dadurch zu erreichen, „daß der staatsbürgerliche Gedanke in der Sozialdemokratie weiter gestärkt werde, um denjenigen Teil der Sozialdemokratie, der ein Zusammengehen mit dem Bürgertum anstrebe, nicht zu schwächen, sondern zu stärken. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie sei insbesondere auch deshalb erforderlich, um eine Stärkung des Kommunismus zu verhindern."** Im weiteren Verlauf seiner Rede bezeichnete Stresemann die Koalition mit der Sozialdemokratie als eine „reine Vernunftehe", wie es auch diejenige mit der Deutschnationalen Partei gewesen wäre.

*

In der Panzerkreuzerfrage wie im Ruhrkampf habe die Sozialdemokratie der Bourgeoisie ihre Koalitionsfähigkeit bewiesen. Das **Hermann-Müller-Kabinett** hat offener und unverhüllter als je eine sozialdemokratische Koalitionsregierung zuvor, den Befehlen des Trustkapitals gehorcht. Diese Haltung aber hat den Prozeß der Radikalisierung der Massen in ungeheurem Maße beschleunigt. Das sehen die Unternehmer in aller Klarheit und sie haben alle Veranlassung, die Basis der Koalitionsregierung mit der SPD. in dieser Situation soweit als möglich zu verbreitern. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, der klassischen Partei des Trustkapitals, hat den eigentlichen Sinn der Koalitionspolitik für die Bourgeoisie formuliert: **Koalitionspolitik als Sicherung gegen die Kommunisten,** als Barriere gegen die anschwellende Welle der radikalisierten Massen, das ist die Aufgabe, die die Sozialdemokraten in der Regierung für die Bourgeoisie zu erfüllen haben. In der Sitzung hat weiter der Reichswirtschaftsminister Curtius in seinem Bericht über die Wirtschaftslage nochmals mit allem Ernst auf den Radikalisierungsprozeß der Arbeiterschaft, vor allem im Ruhrgebiet, hingewiesen. Auch er, der schon auf dem ADGB.-Kongreß in Hamburg die **Solidarität der Trustbourgeoisie mit den reformistischen Gewerkschaftsführern** offen demonstrierte, forderte energisch als sicherstes Mittel, um diese Radikalisierung abzustoppen, **die Große Koalition.**

Ein Dreibund des Trustkapitals, der Koalitionsregierung und der reformistischen Gewerkschaftsführer, der sich im Ruhrkampf geschlossen der kämpfenden Arbeiterschaft gegenüberstellt, soll durch die Herbeiführung der Großen Koalition im Reich und Preußen gestärkt werden. Eben deshalb muß sich der Ruhrkampf, müssen sich die großen Wirtschaftskämpfe der nächsten Zeit **gegen die Koalitionsregierung, und für die Erkämpfung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung** auswirken. Die großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital werden von Tag zu Tag mehr **politische Machtkämpfe.** Die Koalitionsregierung ist der politische Ausdruck der gegenwärtigen Klassenkräfte. Ihr Sturz bedeutet die Zuspitzung dieser Kämpfe zum Machtkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Unter Führung der Kommunistischen Partei geht die Arbeiterschaft zum Angriff auf die vereinte Front der Unternehmer und der Reformisten über.

Admiral Scheer gestorben

TU. Weimar, 26. November. Admiral Reinhard Scheer ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag infolge eines Herzschlages plötzlich verstorben.

Scheer, der 65 Jahre alt wurde, war von 1909 bis 1911 Chef des Stabes der Hochseeflotte, 1913 wurde er Vizeadmiral, 1916 übernahm er den Oberbefehl über die gesamten Hochseestreitkräfte. Er war der „Held" vom Skagerrak, er war es, der die Hochseeflotte zur Todesfahrt gegen England befahl, der die revolutionären Matrosen Reichpietsch und Köbis erschießen ließ. Selbstverständlich bringt die gesamte bürgerliche Presse warme Nachrufe für Scheer. Hindenburg schickte ein langes Beileidstelegramm, in dem die „Siege" Scheers gefeiert wurden. Auch der „Vorwärts" lobt Admiral Scheer und behauptet, „daß er persönlich nach der Revolution oft versucht hat, gerecht zu sein". So urteilt das Zentralorgan der SPD. über den Urheber des Mordes an Reichpietsch und Köbis. Eine Anerkennung, die durchaus der sozialimperialistischen Politik der Hermann Müller und Severing entspricht.

Täuschungsmanöver wird fortgesetzt

Essen, 27. November. (Eig. Drahtb.) Die Front der Arbeiter steht fest. Heute vormittag hat der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann erneut getrennte Vermittlungsverhandlungen zwischen Unternehmern und Vertretern der Gewerkschaften aufgenommen. Der „Abend"-Vorwärts berichtet darüber.

„Da die Verhandlungen streng vertraulich sind und zur Stunde noch andauern, war über deren Verlauf noch nicht Näheres zu erfahren. Von gewerkschaftlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Metallarbeiterverbände keinem Abkommen zustimmen könnten, das der Annullierung des verbindlich erklärten Schiedsspruches gleichkommt." (!)

Diese Stellungnahme der reformistischen Gewerkschaftsführer bestätigt erneut ihre verräterische Absicht der Auslieferung der ausgesperrten Arbeiter an die Eisenindustriellen zu einem Preis, der noch unter dem gefällten Schandschiedsspruch liegt. Nichts anderes können die Worte bedeuten, „das der Annullierung des verbindlich erklärten Schiedsspruches gleichkommt". Auch die Tatsache, daß die Verhandlungen nach wie vor geheim geführt werden, um der Arbeiterschaft es unmöglich zu machen, dem verräterischen Schacher zu folgen, spricht für diese Annahme. Nach wie vor wird der revolutionäre Kampfelan der ausgesperrten Arbeiter jedes verräterische Kompromiß, das die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern eingehen wollen, zunichte machen und sich für den Sieg ihrer Forderungen einsetzen.

An den Arbeitgeberverband Nordwest haben die drei Metallarbeiterverbände folgendes gemeinsame Schreiben abgesandt:

„Wir nehmen Bezug auf das am 24. November verkündete Urteil des Landesarbeitsgericht Duisburg. Wir fordern nunmehr unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 6. November 1928 den Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auf, die vorgenommene Aussperrung aufzuheben und die Mitglieder anzuweisen, die Betriebe unverzüglich zu öffnen. Indem wir alle bereits entstandenen Schadenersatzansprüche aufrechterhalten, machen wir ihn auch für alle weiteren Schäden verantwortlich, die sich aus der Nichtbefolgung dieses Aufforderungsschreibens ergeben."

Obwohl schon wiederholt entlarvt, setzen die Reformisten und die Gewerkschaftsführer der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Verbände ihr altes Spiel über die „Rechtsfrage" zur Täuschung der Arbeiterschaft fort. Mit dem obigen Schreiben wollen sie bei den Arbeitern zur Schwächung ihrer Kampfkraft den Eindruck erwecken, als würden sich die Unternehmer um das Urteil des Landesarbeitsgerichts, das vorerst gegen sie ausgefallen ist, kehren. Die Unternehmer und ihre Presse haben dagegen wiederholt ausgesprochen, daß sie sich den Teufel um derartige Dinge kümmern werden, sondern daß für sie nur die wirtschaftliche Machtfrage entscheidet, die sich in ihren Händen befindet. Die Arbeiter dürfen sich deshalb keineswegs von den Gewerkschaftsführern und ihren Täuschungsmanövern in ihrem Kampfe beirren lassen. Die Unternehmer werden nur zum Zurückweichen gezwungen und geschlagen werden durch den rücksichtslosen Kampf der ausgesperrten Arbeiter, nicht aber durch höfliche Aufforderungsschreiben der Reformisten, die Betriebe wieder zu öffnen.

Die Revisionsverhandlungen nicht vor Mitte Dezember

TU. **Berlin,** 26. November. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist mit der Revisionsverhandlung in der Angelegenheit des Schiedsspruches im Eisenkonflikt vor dem Reichsarbeitsgericht nicht vor dem 15. bis 20. Dezember zu rechnen.

*

Arbeiter in Schlesien und Oberschlesien, verstärkt die Sammlungen zugunsten der Ausgesperrten! Stellt überall eigene Lohnforderungen! Greift überall die Unternehmer an! Helft so den Ruhrarbeitern und euch selbst! Denkt stets, daß der Ruhrkampf euer Kampf ist!

Furchtbare Sturmkatastrophen

TU. London, 27. November. Vom Atlantik her nähert sich ein weiteres starkes Sturmzentrum. Ein großer Flugzeugschuppen der Imperial Airways in Wollston in der Grafschaft Hentshire wurde durch den Sturm zerstört. Der regelmäßige Passagierdienst im Kanal von Dover, Folkestone und Newhaven ist eingestellt worden. Insgesamt sind 16 Kanaldampfer durch den Sturm aufgehalten.

Nach ergänzenden Berichten aus Manila sind durch den Taifun auf den Philippinen 30 v. H. der Kokosnußernte vernichtet worden. Zahlreiche kleinere Schiffe in den Häfen wurden zerstört.

TU. Paris, 27. November. Die letzten aus allen Teilen Frankreichs vorliegenden Sturmnachrichten lassen erkennen, daß im Atlantischen Ozean vorläufig Ruhe eingetreten ist, aber ein heftiger Sturm über dem mittelländischen Meere herrscht. Längs der staatlichen Eisenbahnlinien in der Umgebung von Paris wurden zahlreiche Telegraphenmasten ausgerissen oder durch den Wind geknickt. Diese Trümmer sind eine große Gefahr für den Zugverkehr. Besondere Posten sind unterwegs, die die Hindernisse wegräumen. Dadurch haben fast alle in Paris eintreffenden Züge bis zu fünf Stunden Verspätung erhalten.

Wie aus Straßburg gemeldet wird, hat der im Breuschtal wütende Sturm beim Ausgang des Bahnhofs Lützenhausen eine 45 Meter hohe Riesenpappel geknickt, die zwei den Zug verlassende Frauen tötete.

Nach Meldungen aus dem Hafen Brest befinden sich der deutsche Dampfer „Rudelsheim" und der italienische Dampfer „Secundo" auf der Höhe von Ymuiden in Seenot.

Ueberschwemmungskatastrophe an der Unterelbe

Viele tausend Hektar unter Wasser.

TU. Neuhaus-Oste, 26. November. Die Ueberschwemmungen im Kreise Neuhaus-Oste haben durch die gewaltigen Niederschläge und die starken Nordweststürme immer größeren Umfang angenommen. Die überschwemmten Gebiete, die vollkommen von Wasser überflutet sind, betragen bereits viele tausend Hektar. Die Einwohner sind in großer Bedrängnis. Sie können teilweise nur auf Kähnen das Haus verlassen. Man hält die Wintersaat für verloren, da das Wasser die Körner fortgeschwemmt hat. Die Häuser ragen nur noch als kleine Inseln aus dem Wasser. Das Wasser drängt in die Wohnungen und lockert den Untergrund. Die Landstraße Osten-Oberhüll ist fast überflutet. Die Provinzialchaussee Hamburg—Cuxhaven droht in Voigting überschwemmt zu werden. Bei Laumühlen ist die Ostsee über den Deich getreten. Das Hadelner Sielland ist ebenfalls gänzlich unter Wasser. Alle Ländereien von Steinau, Odisheim und Wester-Ihlienworth und Süderleda bilden einen riesigen See.

Sylt in Erwartung neuer Springfluten

TU. Berlin, 26. November. Nach einer Meldung des „Montag" aus Westerland fällt das Barometer ständig. Während der Durchschnittsstand sonst 760 betrug, ist es gegen 17 Uhr bereits auf 818 gefallen. Infolgedessen erwartet man, namentlich mit Rücksicht auf den Neumond, in der Nacht zum Montag schwere Springfluten. Ganz Sylt befindet sich infolgedessen gewissermaßen im Alarmzustand.

Hunderte von Arbeitern, die teilweise mit der Bahn vom Festlande herantransportiert worden sind, arbeiten Tag und Nacht, um die Beschädigungen mit Tausenden von Sandsäcken aufzufüllen und weitere Zerstörungen zu verhindern. Die Verbindung mit dem Festlande über den Damm ist noch nicht unterbrochen. Die Züge verkehren regelmäßig.

Sturm und Hochwasser im Industriebezirk

TU. Essen, 27. November. Das Unwetter der letzten Tage hat erhebliche Störungen im gesamten Industriegebiet hervorgerufen. Die Telephonverbindungen von Essen nach Köln und München-Gladbach waren am Montag teilweise unterbrochen.

Die Ruhr führt Hochwasser. Die ganze Ruhr-Aue in der Gegend Stiepel ist ein See. Die Bewohner der Bauernhöfe im Tale sind vom Wasser eingeschlossen.

TU. Köln, 27. November. Auch vom Rhein wird infolge der letzten Regentage Hochwasser gemeldet. In wenigen Stunden sind die Sieg und ihre Nebenflüsse gewaltig gestiegen. Sie führen schmutziges, gelbes Wasser. Weite Uferstrecken sind überschwemmt.

TU. **Amsterdam,** 27. November. Auch von der holländischen Küste werden schwere Schiffsunfälle während des letzten Sturmes gemeldet. Der italienische Dampfer „Solento" ist rettungslos verloren. Er strandete in Sichtweite der Küste Ymuidens. Von der Mannschaft wurde bereits eine Leiche an den Strand gespült. Es war bisher unmöglich, dem Schiff zu Hilfe zu kommen. Die „Solento" hat 25 Mann Besatzung an Bord. Der gestrandete schwedische Dampfer „Malmö" wird als vollkommen verloren angesehen. Die Mannschaft, die das Schiff bergen sollte, befand sich in großer Not und mußte durch Schlepper gerettet werden. Der deutsche Dampfer „Diaz" ist mit einer Ladung Kies auf dem Wege nach Wieringen gestrandet. Der holländische Schlepper „Utrecht" und das Lastschiff „Friesland" werden vermißt.

Vom Tage

Wie aus Moskau gemeldet wird, fand am Montag die erste Begegnung zwischen den Führern der deutschen Handelsdelegation und dem Führer der russischen Delegation statt. Die erste Vollsitzung ist auf den 27. November anberaumt worden.

Heute tritt der Reichstag wieder zusammen.

Im nordwestlichen Teil der Vereinigten Staaten sind durch eine plötzliche Kältewelle fünf Personen ums Leben gekommen. Im Staate Neuyork sind bis 20 Zentimeter Schnee gefallen.

Nach dem Tode des Ministers und Abgeordneten Bokanowski fand gestern in dem Pariser Vorort Asnieres die Ersatzwahl statt. Der von der KPF. aufgestellte Genosse Barrault hat die meisten Stimmen erhalten, und es wird bei der Stichwahl zwischen ihm und dem bürgerlichen Reaktionär Blasque-Belair mit seinem Siege gerechnet.

Scharfmachermethoden überall

Hagen, 27. November. (Eig. Drahtb.) Am 24. November wurde für die Hagen-Schwelmer Metallindustrie ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die bisherigen Löhne bis zum 1. April 1929 verlängert werden. Von diesem Zeitpunkt an bis zum 31. März 1930 sollen die Metallarbeiter eine Lohnerhöhung von 4 Pfg. erhalten. Der staatliche Schlichter hat also diktiert, daß die Metallarbeiter bis zum April 1929 keinen Pfennig Lohnerhöhung erhalten sollen. Und diesen Schandspruch haben die DMV.-Führer sofort angenommen. Es ist klar, daß diese verräterische Politik die Unternehmer nur ermuntern kann, immer frecher vorzustoßen.

Die Unternehmer haben den Spruch als „untragbar" abgelehnt. In der Begründung geben sie u. a. an: „Der für die märkische Eisenindustrie gefällte Schiedsspruch sieht eine Erhöhung des Spitzenlohnes um 3 Pfg. vor, was einer Tariferhöhung um rund 4 v. H. gleichkommt. Die Lohnerhöhung ist also, besonders wenn man sich erinnert, daß in der Vorkriegszeit monatelang Lohnkämpfe um einen halben Pfennig geführt wurden, eine recht erhebliche (!). Es ist allgemein bekannt, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage der Eisenindustrie sehr schlecht (!) ist. Eine am 1. April eintretende Lohnerhöhung jetzt schon zu dekretieren ist daher schon angesichts der äußerst ernsten Lage der märkischen Eisenindustrie ungerechtfertigt."

TU. **Dortmund,** 27. November. Wie der staatliche Schlichter mitteilt, haben die Arbeitnehmer den im Lohnstreit in der Textilindustrie Münster i. W. gefällten Schiedsspruch angenommen, die Arbeitgeber jedoch abgelehnt.

Die Metallindustriellen haben jetzt auch die Lohntarife in der Hannoverschen und Kieler Metallindustrie zum 31. Dezember gekündigt. Wie überall verlangen sie die Verlängerung der bisherigen Hungerlöhne.

In Leipzig-Plagwitz ging die Betriebsleitung der Firma Rudolf Sack dazu über, trotz laufenden Tarifvertrags die Akkordlöhne herabzusetzen. Die Belegschaft des Betriebes war gezwungen, in den Streik zu treten.

Für Hunderttausende von Metallarbeitern sind nun die Tarife gekündigt. Die Unternehmer führen ihren Schlachtplan rücksichtslos durch.

Was sollen in dieser Situation die Metallarbeiter Deutschlands tun? Sollen sie zusehen, wie die reformistischen Führer sie verraten?

Wenn die Metallarbeiter sich nicht in die tiefste Verelendung drücken lassen wollen, so müssen sie jetzt nicht nur überall, wo die Unternehmer angreifen, den Kampf aufnehmen, sondern auch in den anderen Gebieten selbst Forderungen stellen und in breitester Front zur Gegenoffensive übergehen.

Die oberschlesischen Arbeiter helfen den Ruhrkumpels

Wo bleiben die Sammelergebnisse in Breslau, Mittel- und Niederschlesien?

Die oberschlesischen Genossen haben es in den letzten Tagen verstanden, die Sammeltätigkeit für die Ruhrarbeiter durch konzentrierte Arbeit in den Großbetrieben erfolgreich zu gestalten. Ein Mitglied der Ortsgruppe Hindenburg der JAH. sammelte 82,05 Mark; ein Kamerad in Oppeln 13 Mark; von der Belegschaft der Firma Hegenscheidt wurden 46,05 Mark als erste Akontozahlung der Sammlungen für die Ruhrarbeiter abgeführt. Die Ortsgruppe Zaborze der KPD. sammelte 25,70 Mark; die oberschlesische Lokomotivwerkstatt 61 Mark.

Dieses Beispiel der oberschlesischen Genossen muß in Breslau, Nieder- und Mittelschlesien nachgeahmt werden. Wo bleiben die Sammelergebnisse aus diesen Gebieten?

Der Freispruch des Putschjunkers

Die Unruhen von Langenöls vor Gericht

Wie wir gestern kurz „Vom Tage" meldeten, wurde am Sonnabend der Putschjunker v. Schimpf-Monnwitz, der im März dieses Jahres in Langenöls Steuerstreik und eine Landbundrevolte, bei der es zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei kam, provoziert hatte, von den Schweidnitzer Klassenrichtern freigesprochen. Wie erinnerlich, hatte Schimpf seinerzeit zu verhindern gesucht, daß Zwangsversteigerungen von Landwirten — es handelte sich bei den Pfändungen um rückständige Steuergelder — stattfinden. Er nutzte die Not der kleinen Bauern in demagogischer Weise für die Landbundgeschäfte aus. In provozierender Weise forderte er die Landwirte auf, die Namen derjenigen, die sich bei den Auktionen als Bieter beteiligten, öffentlich festzustellen und sagte, daß er die Besitzer auffordern werde, diejenigen Arbeiter, die sich bei den Auktionen beteiligen, zu entlassen. Wörtlich erklärte er, „er garantiere nicht für diejenigen, die etwas kaufen." Schimpf drohte also in eindeutiger Weise den Bietern mit Brotlosmachung und Verprügelung durch die aufgehetzten Landbündler. Noch mehr. Als eine Schupoabteilung die Landwirte aufforderte, den Hof zu verlassen, in dem die Auktion stattfand, rief er der Menge zu, entgegen der Weisung der Beamten, den Hof nicht zu verlassen. Trotzdem also die Handlungen des Schimpf den Tatbestand der Drohung, Erpressung, der Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, des Landfriedensbruchs erfüllten, wurde er von seinen Klassengenossen freigesprochen. Wen wundert das noch bei dieser „Rechtsprechung"?

*

Der provozierende Freispruch in Langenöls ist eine Ergänzung zu dem Urteil der Klassenrichter im Kyritzer Landbundprozeß. Auch dort hatten die Junker die notleidenden Kleinbauern vor den Wagen der landwirtschaftlichen Großunternehmer gespannt und Krawalle provoziert. Natürlich wurden auch dort die Junker freigesprochen und die kleinen Landwirte und Landarbeiter zu erheblichen Gefängnisstrafen (bei bedingtem Strafaufschub) verurteilt. Die Urteile in Kyritz und Langenöls kennzeichnen wieder einmal das Wesen der Klassenjustiz. Wenn ein revolutionärer Arbeiter, bei Demonstrationen von der Schupo mit Gummiknüppeln attackiert, in der Erregung sich seiner Angreifer wehrt, wird er sofort verhaftet und nach monatelanger Untersuchungshaft zu langjährigen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Streikende Arbeiter werden bei Zusammenstößen mit Streikbrechern und Schupo ebenfalls drakonisch bestraft. Gegen die „Arbeiter-Zeitung" leitete die Staatsanwaltschaft vor einigen Tagen ein Untersuchungsverfahren wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten" ein, weil sie ein Gedicht Kasimir Sublimers veröffentlicht hatte. In diesem Gedicht wurde der Kampfeswille der Arbeiter in dem Vers ausgedrückt: Die Faust ist unser Hoffen. Darin erblickte die Staatsanwaltschaft eine staatsgefährliche Handlung. Der adlige Junker aber, der im Interesse seiner Standesgenossen die Kleinbauern zum offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt aufruft, wird „im Namen des Volkes" freigesprochen.

*

Die „Volkswacht" nimmt in ihrer Montagnummer zu dem provozierenden Freispruch Stellung und stellt u. a. fest, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des Landbundführers forderte. Sie bemerkt dazu, daß dieser Freispruch „das von uns so oft geforderte Vertrauen in die Justiz erschüttern müsse". Nun, die klassenbewußte Arbeiterschaft in Schlesien hat zu den auf Grund der Gesetze der kapitalistischen Republik lebenslänglich angestellten, ausgesuchten und ausgelebten „unabhängigen Richtern" niemals Vertrauen gehabt, sondern sie stets als die Werkzeuge des staatlichen kapitalistischen Unterdrückungsapparates bewertet. Ein Vertrauen, das nicht vorhanden ist, kann nicht „erschüttert" werden. Die Redensart von der Vertrauenskrise der deutschen Justiz ist blöde und typisch sozialdemokratisch. Sie dient zur Verschleierung des Wesens der Klassenjustiz, das durch keinerlei Reformen oder Reformchen geändert werden kann. Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten, später die sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten haben alles getan, um die Klassenjustiz zu erhalten. Sie verzichteten sogar darauf, die bescheidene demokratische Forderung des Erfurter Programms der Sozialdemokratie „Wahl der Richter durch das Volk" durchzuführen. Die SPD. ist durch ihre konterrevolutionäre Arbeit mitschuldig an der Existenz der Klassenjustiz. Ihr „Kampf" gegen die Klassenrichter ist eitel Spiegelfechterei. Nur die Kommunistische Partei als Partei der proletarischen Revolution bekämpft die Klassenjustiz als einen Teil des kapitalistischen staatlichen Unterdrückungsapparats. Erst wenn dieser Apparat durch die Diktatur des Proletariats zerschlagen wird, werden solche provozierende Freisprüche wie in Langenöls und Kyritz unmöglich sein.

Korruptionsskandale und kein Ende

Die Korruptionsskandale nehmen kein Ende. Am Sonnabend hatte die Kriminalpolizei den verantwortlichen Verbandsdirektor der Feuerversicherungsanstalten, Regierungsrat Damm, festgenommen, da er sich größerer Verfehlungen, die in die Millionen gehen, zuschulden hat kommen lassen. Heute wird bekannt, daß Damm eine Vollmacht seines Vorgesetzten, des Geheimrats v. d. Marwitz, besessen hat, die es ihm ermöglichte, seine Betrügereien zu begehen. Es wird untersucht, inwiefern der Geheimrat Marwitz in die Betrügereien verwickelt ist.

Bei der Berliner Handwerkskammer, die die Versicherungsgelder der ostdeutschen Handwerker und Gewerbetreibenden mit 250 000 Mitgliedern verwaltet, sind gleichfalls große Unregelmäßigkeiten zutage getreten.

*

Der Regierungsrat Damm ist, wie nicht anders zu erwarten war, aus der Haft entlassen worden.

Auf den Friedhof ausgewandert

Zwölf Selbstmorde in Berlin

Am Sonntag und in der Nacht zum Montag verübte in Berlin aus wirtschaftlicher Not wiederum ein großer Teil von Proletariern Selbstmord. Zwölf derselben endeten mit dem Tod, und nur eine Selbstmörderin, die Mutter von zwei Kindern, konnte ins Leben zurückgerufen werden. Zeichen der Zeit!

Aus der Partei

Auch Striegau für die Beschlüsse des 6. Weltkongresses

Zu dem Bericht über die am Sonntag stattgefundenen Unterbezirkskonferenzen ist noch nachzutragen, daß auch die Unterbezirkskonferenz für den Bezirk Striegau, die in Schweidnitz tagte, sich mit allen gegen eine Stimme für die von der Bezirksleitung vorgelegte Resolution entschied und in der Diskussion von allen Rednern zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Beschlüsse des 6. Weltkongresses richtig sind und mit aller Kraft durchgeführt werden müssen.

Zu berichtigen ist ferner noch, daß die Zahl der Genossen, die sich in der Breslauer Unterbezirkskonferenz für die Resolution der Bezirksleitung entschieden, nicht, wie irrtümlich von uns berichtet, 56, sondern nur 51 beträgt.

Die Besatzung des Schulschiffes „Pommern" in Plymouth glücklich gelandet. — TU. Bremen, 26. November. Bei der Geschäftsstelle des Deutschen Schulschiffvereins in Bremen ist aus Plymouth von dem Kapitän des Schulschiffes „Pommern", Heimer, eine Drahtmeldung eingegangen, wonach die gesamte Besatzung des gesunkenen Schiffes in Plymouth glücklich gelandet ist.

Der Landschaftsmaler Professor Albert Kurz ermordet. — TU. Werder, a. d. H., 26. November. Am Montagvormittag wurde der Landschaftsmaler Professor Albert Kurz, der an der Kemnitzer Chaussee in Werder eine Villa besitzt, mit einem Beil erschlagen aufgefunden. Gleichzeitig wurde ein junger Mann mit einem schweren Brustschuß in das Werdersche Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei ist zurzeit noch mit der Aufklärung des rätselhaften Falles beschäftigt.

Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Margueritte

Berlin, Erich-Reiß-Verlag

1

Unmoral nennen wir jede Moral, die nicht die unsere ist. Alle, die ein wenig neue, noch unbekannte Güte in die Welt brachten, hatten die Verachtung der „anständigen Menschen" zu tragen.

Anatole France.

I.

„Mein Gott! Diese Hitze!"

In einer Ecke des Stalles wischte sich Charlotte Arelli, fest auf ihren strammen Beinen stehend, die Stirn. Sie hatte eben ihre neunte Schubkarre auf den roten knirschenden Haufen der Kiefernadeln ausgeleert.

Der aromatische Duft mischte sich im Dunkel des niedrigen Gebäudes mit dem schweren Geruch der Kühe.

„Mach's doch wie ich, zieh dein Hemd aus!" riet Spirita der Schwester, während sie mit breiten Gabelschwüngen die Nadelstreu unter die Hufe der Tiere verteilte. Sie schlugen mit den Schwänzen, um die lästigen Bremsen zu vertreiben.

„Du wirst doch nicht!" protestierte empört Charlotte.

Als ältere Schwester, die auf Anstand hält, warf sie einen tadelnden Blick auf die jüngere, die munter in ihrem halboffenen Kittel steckte und bei jeder Bewegung ihre gebräunten kindlichen Schultern und ihre gelenkigen Arme bis zur Achsel zeigte.

Mit der Schlichtheit des noch unentwickelten Kindes, das lebhaft und gesund, nichts darin findet, sich so zu zeigen, wie es geschaffen ist, sowohl physisch wie moralisch, antwortete sie:

„Ich werd' auch noch mein Kleid ausziehen!"

Charlotte, die ihre Schubkarre wieder hinausschob, rief ihr von der Schwelle aus streng zu:

„Dabei soll ich dich nur erwischen!"

Eine Grimasse antwortete ihr.

„Warum sollte ich's denn nicht ausziehen?" fragte sie die Kühe, die friedlich und nackt in ihrem kurzen Fell dastanden.... „Ihr habt's gut, daß ihr nichts anhabt! Ihr braucht euch auch nicht über eure Familie zu ärgern!...."

Das Rad der Schubkarre, gefolgt von den dicken Knöcheln Charlottes, die über die Terrasse kamen, erschien im Rahmen der Luke, die auf der einen Seite des Stalles das Tageslicht einließ.

Schnell zog sich Spirita ihren Kittel über den Kopf, wie man das Fell eines Hasen umwendet und abzieht. Ihre kurze Mähne schüttelnd legte sie den leichten Stoff neben ihr Hemd auf einen Hauklotz.

„Ach, nun ist mir wohler!"

Sie hatte ihre Heugabel wieder ergriffen, lüftete und glättete den Nadelteppich und freute sich an dem freien Spiel ihrer Glieder. Ihr schlanker Körper bewegte sich geschmeidig in dem schwülen Halbdunkel, das seine goldbraune Schlankheit noch heller erscheinen ließ.

Sie war sprungbereit, sich sofort wieder anzukleiden, sobald sie ihre Mutter kommen hörte, die sie außer ihrem Bruder allein im Hause fürchtete. —

Aber heute ist Ludwig mit dem ersten Zug weggefahren, um seinen Sonntag in Saint Raphael zu verbringen.

Spirita lachte still für sich bei dem Gedanken an das Gesicht, das ihre Schwester machen würde, wenn sie wieder hereinkäme.

Das Rad der Schubkarre quietschte.

„Oh!" machte Charlotte und stellte ihre Last nieder. Und dann rief sie wütend von der Tür her:

„Mutter! Spi ist wieder mal ganz nackt!"

„Klatscherin!"

Die Stimme der Frau Arelli tadelte von weitem scharf:

„Spirita!"

Die aber schrie aus vollem Halse: „Mutter, ich hatte eine Heuschrecke im Rücken!" Damit hatte sie sich schon auf die Angeberin gestürzt und puffte sie.

„Gemeines Biest! Wenn ich alles sagen wollte, was ich von dir weiß!"

„Da hab ich keine Angst! Ich zeige ja nicht der ganzen Welt meinen bloßen Hintern!"

„Freilich! Das ist zu ehrlich! Du läßt dir deinen vom Vetter Nesti anpatschen!"

Charlotte richtete sich mit bösen Augen und weißen Lippen auf.

„Was ich tue, geht dich gar nichts an! Eine Göhre von vierzehn Jahren!... Ich bin die Aeltere und werde nächstes Jahr mündig!"

„Wenn schon!"

„Schweig und zieh dein Kleid wieder an!"

Auf den Zehen stehend, wie ein kampfbereites Böcklein, bot Spi ihr höhnisch Trotz... Brust heraus, Stirn gesenkt:

„Wenn ich mag!"

Eine Ohrfeige war die Antwort.

„Da!"

Mit einem Sprunge war das Mädel auf sie losgestürzt. Die beiden Schwestern packten einander, aber Spi stellte der Dicken ein Bein und warf sie rücklings auf die Heubündel, die zum Abendfutter für das Vieh bereitlagen; vergebens suchte sie sich an ihrer Gegnerin festzuhalten, die entglitt flink ihren schlaffen Händen. Die Aeltere stöhnte unter ihren Püffen. Die Jüngere ging immer heftiger ins Zeug:

„Da! Da! Dich will ich lehren!"

Da brüllte Charlotte:

„Mutter! Spi bringt mich um!"

Frau Arelli eilte auf den Lärm herbei:

„Wartet nur, ich komme!"

Diese Drohung genügte, um dem Faustkampf ein Ende zu machen. Ohne auf das Kommen ihrer Mutter zu warten, sauste Spi auf die Luke zu, raffte im Vorbeilaufen ihr Kleid und ihr Hemd auf, schwang sich zu der Oeffnung empor und schlüpfte hindurch, gerade als Frau Arelli außer Atem den Stall betrat, um noch zur rechten Zeit die kleinen muskulösen Hinterbacken sich runden und verschwinden zu sehen.

Das Staunen schloß der Alten den Mund, wie sie der betäubten Charlotte aufstehen half....

„Adieu miteinander!" höhnte Spi auf der Terrasse. „Jetzt mach' ich mich hübsch und geh zum Paten zum Essen."

„Spirata", zankte die Mutter, „ich verbiete dir . . ."

Ein Lied setzte ein und verklang:

„Ludwig hat mehr Spaß am Lieben . . . Vater mehr am Kegelschieben — . . . mir ist meine Fratze und's Mopsen geblieben!"

Und das Kind rannte schleunigst davon.

„Das ist eine! Das ist eine!..."

Der ohnmächtige Ton, in dem Frau Arelli diese Worte seufzte, ließ ihr fassungsloses Staunen darüber erkennen, ein solches Naturwunder in die Welt gesetzt zu haben, und gleichzeitig ihre Wut und ihre kalte Entschlossenheit: sie würde mit der Zicke schon fertig werden!

„Siehst du, Lotte", schloß sie, „der Trottel von Sebastian verdirbt sie völlig! Hol der Teufel die Patenschaft! Ohne den Onkel hätte ich sie längst zur Vernunft gebracht!... Aber warte nur!"

Ihre kalten Augen glänzten. Ja, ohne den Onkel... das heißt, ohne seine paar Groschen....

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Sievwald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Theodor Pellek, Gleiwitz. — Für Inserate W. Gerhardt, Breslau.

Niederschlesien

Görlitz

Heraus

zur öffentlichen Versammlung am Freitag, **30.** Novemb., 20 Uhr, im „Konzerthaus". Willi **Kasper**, M.d.L., spricht über den

Riesenkampf an der Ruhr

Eintrittspreis 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

K. P. D., Ortsgr. Görlitz

Nachstehende Ortsgruppen des Unterbezirks Görlitz haben noch nicht die Reichskontrolle durchgeführt: Penzig, Geibsdorf, Schosdorf, Greiffenberg, Collm. Wir ersuchen diese Ortsgruppen, sofort das Material von der Reichskontrolle an die Adresse der UBL. Görlitz, Lunitz 6, einzusenden.

Grünberg

Ein Brandstifter. Unter dem Verdacht, in Kontopp das Wohnhaus in Brand gesteckt zu haben, in dem sein Vater wohnt, hat die Glogauer Staatsanwaltschaft den Bauhandwerker Buchholz in Berlin verhaften lassen.

Neusalz

Schadenfeuer. Mit Streichhölzern spielende Kinder setzten in der Mittagsstunde in Liebenzig die neue Scheune des Maurers Tulke in Brand. Dem Feuer fiel dank rascher Löschhilfe nur der Dachstuhl zum Opfer. Dagegen sind Heu- und Strohvorräte verbrannt.

Sagan

Ein Kind ertrunken. Der dreijährige Sohn des Kantinenwirtes Schnalle stürzte in das Wasserbassin des Kieswerkes Mochenau und ertrank.

Goldberg

Handel mit Heilapparaten. Der Arbeiter Oswald Dinter aus Liegnitz war 1927 als Unterreisender im Vertrieb von elektrischen Heil- und Kochapparaten tätig. Er wurde beschuldigt, im Juni 1927 in zwei Fällen 7,50 bzw. 37 Mark unterschlagen zu haben, indem er Anzahlungen auf Apparate entgegennahm, ohne diese zu liefern. Das Liegnitzer Schöffengericht sprach ihn jedoch frei, da festgestellt wurde, daß er zur Entgegennahme von Anzahlungen berechtigt war und ein Viertel der Provision für sich zurückbehalten konnte. Außerdem konnte ihm nicht widerlegt werden, daß er die Bestellung an den Lieferanten weitergegeben habe, wenn sie bei diesem auch nicht einging.

Bunzlau

Die Gelder seines Mündels veruntreut! Der Ackerkutscher Richard Kindler aus Nieder-Groß-Hartmannsdorf, der bisher unbestraft ist, unterschlug Gelder, die er für sein Mündel einnahm. Die Höhe des unterschlagenen Betrages läßt sich nicht mehr genau feststellen. Er selbst gibt die Unterschlagung von 120 Mark zu. Er will den Betrag zur Deckung eines verlorenen, seinem Arbeitgeber gehörigen Betrages verwendet haben. Das Liegnitzer Schöffengericht erkannte wegen Unterschlagung und Untreue auf vier Monate Gefängnis unter Bewilligung von Strafaussetzung mit dreijähriger Bewährungsfrist, unter der Bedingung, daß der entstandene Schaden wieder gutgemacht wird.

Liegnitz

Sittlichkeitsverbrecher vor Gericht

Friseur mißbraucht seine Kundinnen.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte das Große Schöffengericht gegen den des schweren Sittlichkeitsverbrechens angeklagten Friseur Steddin von hier. Der verheiratete Angeklagte verging sich an seinen Kundinnen in gröbster Weise. In zwei Fällen ließ er sich bei noch nicht vierzehnjährigen Mädchen zu unsittlichen Handlungen hinreißen. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr zwei Monate Zuchthaus. Das Gericht erkannte unter Zubilligung mildernder Umstände auf acht Monate Gefängnis. Außerdem wurde dem Angeklagten Strafaussetzung mit dreijähriger Bewährungsfrist zugebilligt.

„Widernatürliche Unzucht." Zwei Brüder von der Landstraße, der 22jährige Schneider Kurt Kosche und der 21jährige Maurer Hermann Kunze standen unter der Anklage der „widernatürlichen Unzucht", begangen im Asyl und auf der Landstraße, vor dem Schöffengericht, das unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte. Das Gericht erkannte gegen Kosche auf sechs Wochen Gefängnis, gegen Kunze auf zwei Monate Gefängnis. Die Strafen gelten durch die Untersuchungshaft als verbüßt.

Der Schlagring ist eine „verbotene Waffe". Der Kutscher Richard Linke aus Groß-Tinz ging am 13. Juni in Royn hinter einem Liebespärchen her. Als sich der männliche Teil darüber beschwerte, entstand eine Keilerei, in deren Verlauf Linke den Schweizer Schuhmacher mit einem Schlagring blutig schlug. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs erhielt er jetzt vom Schöffengericht zwei Monate Gefängnis, und, da das Mitführen eines Schlagringes ohne Waffenschein verboten ist, wegen unbefugten Waffenbesitzes 10 Mark Geldstrafe.

Achtung! Freitag 20 Uhr findet im großen Saale des „Wintergartens" ein öffentlicher Kameradschaftsabend statt unter Mitwirkung der hiesigen Schalmeienkapelle. Eintritt 30 Pfennig.

Glogau

Giftmordversuch. Die Frau des Hofverwalters Mehnert in Kuttlau war im Vorjahre hinter ein Liebesverhältnis gekommen, das ihr Mann mit einer jungen Witwe unterhielt. Eines Tages erkrankten der Vater und der 16jährige Sohn der Witwe nach dem Genuß von Deputatmilch, die als strychninhaltig erkannt wurde. Frau Mehnert wurde jetzt unter dem Verdacht des Giftmordes in Pommern verhaftet, ist aber wegen Haftunfähigkeit wieder entlassen worden.

Aus dem Riesengebirge

Merkwürdige Werbemethoden der „Volkszeitung"

Der bekannte „günstige Wind" hat uns nachstehendes Schreiben auf den Tisch geweht:

„Datum des Poststempels.

Werter Volksgenosse!

Wir gestatten uns, Ihnen einen Bestellschein für die „Volkszeitung für das Riesengebirge" zu übermitteln und geben uns der Hoffnung hin, daß auch Sie in den Kreis unserer „Volkszeitungs"-Leser eintreten werden. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß die SPD. an der Spitze marschiert. Die Aufklärung und somit Wegebereitung hierzu schuf die sozialdemokratische Presse. Ein großer Teil unserer Anhänger liest jedoch immer noch Zeitungen ihrer Gegner und unterstützt somit dieselben.

Wir richten an Sie die Bitte, den Bestellschein ausgefüllt uns zuzustellen und für den Ausbau und die Verbreitung der „Volkszeitung" mit tätig zu sein, in der Annahme, daß Ihnen die Ausgabe des Betrages von 0,40 Mark pro Woche sich als gut angelegtes Kapital rentieren wird, zur Vertretung Ihrer wirtschaftlichen wie politischen Belange. Erfolgt keine Rückäußerung, nehmen wir an, daß eine Zustellung erfolgen kann, die wir dann ab Montag vornehmen werden.

In diesem Sinne zeichnet

hochachtend

Die Expedition der Volkszeitung.

Unterschrift."

Das ist ja recht interessant! Also wer die Abonnentenbettelei der „Volkszeitung" nicht beachtet und z. B. den Bestellschein in den Papierkorb wirft, hat sich damit zum Bezuge des sozialdemokratischen Blättchens verpflichtet. Diese Werbemethode erinnert verflucht an die Art, wie gewisse Winkelblättchen ihre Abonnenten „gewinnen" und worüber sich die sozialdemokratische Presse immer pflichtschuldigst entrüstet. Und hier macht eine sozialdemokratische Zeitung dasselbe! Ja, Bauer, das ist etwas anderes!

Selbstverständlich, daß alle jene, die auf diese Art zu „Abonnenten" der „Volkszeitung" gepreßt worden sind, keinerlei Verpflichtung haben, das Abonnementsgeld zu bezahlen. Sie haben den Wisch nicht bestellt, und damit basta!

Arbeitersport

Tabellenstand der Breslauer Jugendringer.

Die nach den Serienkämpfen der Jugend abgehaltene Startprüfung ergab, daß die Kraftsportvereinigung „West 21" einen nicht teilnahmeberechtigten Kämpfer starten ließ und infolgedessen ihren guten 3. Platz verlor. Der Tabellenstand ist folgender:

Vereine	Kämpfe	Siege	verlo.	unentsch.	Siegpkt.	Verhältnispunkte
1. Fr. Sportvereinig. 1897 I:	14	14	—	—	28:0	182:30
2. Arb.-Athlet.-Verein I:	14	11	3	—	22:6	186½:67½
3. Fr. Sportvereinig. 1897 II:	14	7	5	2	16:12	110:94
4. Herold ISacrau:	14	6	5	3	15:13	104½:99½
5. Kraftsportvereinig. West I:	14	6	6	2	14:14	93½:82½
6. Jugendkraft I, Hundsfeld:	14	6	7	1	13:15	108:97
7. Sportvereinig. Nordost I:	14	2	—	12	4:24	50½:137½
8. Sportvereinig. Nordost II:	14	—	14	—	0:28	0:172

Freie Turnerschaft. 7. Männer-Abteilung. Mittwoch 20,30 Uhr Vorstandssitzung. — 9. Männer-Abteilung. Freitag Mitglieder- und Vorstandssitzung im Kaiser-Friedrich-Park.

Waldenburger Bergland

Betteln verboten

Eben hatte der Amtsgerichtsrat einen arbeitslosen Familienvater wegen Vergehens gegen das Forst- und Wildschutzgesetz zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt. Der Verurteilte hatte im Walde nach wilden Kaninchen gejagt. Der Amtsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen Jagdvergehens gestellt. Jagdvergehen? — Jawohl! Die wilden Kaninchen gehören ja nicht dem arbeitslosen und hungrigen Arbeiter, sondern dem reichen Gutsbesitzer. Der liebe Gott hat sie ihm geschenkt. —

Die nächste Sache wird aufgerufen. Die Anklagebank betritt ein Greis, der mit halb geöffnetem Munde, auf einen Stock gestützt, leise und zitternd auf der Bank Platz nimmt.

Der Richter verliest in geschäftsmäßigem Tone den Text der Anklageschrift und fragt den Greis, ob er zugeben wolle, gebettelt zu haben. Als der Greis nicht gleich antwortet, wiederholt der Richter seine Frage zornig brüllend. Der Alte hat die Hand an die Ohrmuschel gelegt und bittet den Richter um Rücksicht, da das Alter ihn fast taub gemacht habe. Die Frage des Richters aber bejaht er ohne Zögern.

„Warum bettelten Sie?", fragte der feiste Amtsgerichtsrat weiter.

Die Augen des Greises wurden feucht, und mit zitternder Stimme sagte er: „Herr Richter, ich bin nun 76 Jahre alt geworden. Vor zwanzig Jahren wurde mir während der Arbeit der Arm abgerissen. Nun kann ich nicht mehr arbeiten. Ich hatte ja so großen Hunger!"

„Ja, ja, das kennen wir," sagte der Richter. „Beziehen Sie Rente?"

„Monatlich achtzehn Mark," antwortete der „Angeklagte", dann konnte er sich setzen, weil durch seine Geständnis sich seine weitere Vernehmung erübrigte. Es wurde nun ein Zeuge vernommen, und zwar der Polizeibeamte, der den verbrauchten Greis zur Anzeige gebracht hatte. In der Art des skrupellosen Strebers schilderte dieser dem amtierenden Richter, wie er den verdächtigen Alten auf Schritt und Tritt verfolgt und beobachtet habe, bis er seine Mutmaßung bestätigt fand, den Greis „beim Betteln auf frischer Tat ertappte" und zur Anzeige bringen konnte.

Der Amtsanwalt faßte sich kurz, sprach etwas von „Bettelei, die nachgerade zur Landplage" werden, und beantragte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Der Amtsgerichtsrat verschwand für einige Minuten im Beratungszimmer und verkündete dann das Urteil. Es lautete unter Berücksichtigung „mildernder Umstände" auf drei Tage Haft, und wohlwollend legte er dem greisen Bettler ans Herz: „Unterlassen Sie nun in Zukunft die Bettelei, denn beim nächstenmal werden Sie nicht so glimpflich davonkommen!" — Die nächste Sache!

Der Alte hatte auf das Urteil nichts zu erwidern. Kopfschüttelnd verließ er den Gerichtssaal. Er sollte nicht mehr betteln; arbeiten konnte er nicht mehr, und seine Rente reichte buchstäblich nicht zum trockenen Brot. Was sollte er eigentlich noch machen? — Er war zu alt, hierüber nachzudenken, und erkannte sehr wohl den einzigen Ausweg, der ihm offen blieb, um dem Hungertode zu entgehen. Darum schüttelte er den Kopf.

Wir aber, die wir täglich und stündlich die ganze Widersinnigkeit des kapitalistischen Gesellschaftssystems an uns selbst verspüren und sie in jeder Minute sehen können, wenn wir wollen, wir wollen nicht den Kopf schütteln. Wir haben das zum Klassenkampf untaugliche Alter noch nicht erreicht. Wir müssen dieses fluchbeladene Blut- und Selbstmordsystem stürzen, um nicht auch im Alter ausweglos den Kopf schütteln zu müssen.

Walter Troppenz.

Bei einem Autozusammenstoß tödlich verunglückt

Bei einem Zusammenstoß zwischen dem Lastkraftwagen der Westindia-Bananenvertrieb G. m. b. H. mit dem ePrsonenkraftwagen eines Arztes aus Bad Salzbrunn am Sonnabend, mittags gegen 1,30 Uhr an der Ecke Hauptstraße und Altwasserstraße in Weißstein, wobei der Gerätekasten des Lastkraftwagens eingedrückt wurde, geriet der vor dem Lastkraftwagen auf dem Rade fahrende Wachtmeister Hermann Martin aus Bad Salzbrunn unter den Wagen. Er wurde gegen den Bordstein geschleudert, erlitt einen Schädelbruch und verstarb gleich nach der Einlieferung in das Knappschaftslazarett.

Eine Besitzung niedergebrannt. In der Nacht zum Sonnabend brach in den sogenannten Gartenhäusern zwischen Toschendorf und Heinrichau im Besitztum des Stellenbesitzers Seidel Feuer aus. Vom Sturm begünstigt, brannten das zweistöckige Wohnhaus und die Scheune völlig nieder. Das Vieh ausgenommen, konnte nichts gerettet werden. Der Besitzer ist nur niedrig versichert.

Königszelt

Kassenvorsteher Melzer zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor dem Schweidnitzer Schöffengericht hatte sich der Oberkassenvorsteher Paul Melzer aus Königszelt zu verantworten. Die Veruntreuungen an Amtsgeldern beging Melzer aus den Beträgen, die er als Lohnsteuer für die auf dem Bahnhof Königszelt beschäftigten Arbeiter an das Finanzamt abzuführen hatte. Damit bei den Monatsabschlüssen die Bücher stimmten, verbuchte er die unterschlagenen Beträge auf andere und zum Teil fingierte Konten als Ausgaben Erst bei einer Nachprüfung der Bücher des Finanzamtes kamen die Unterschlagungen heraus. Auch nutzte Melzer einen Irrtum einer anderen Amtsstelle aus, als diese das für die Güterkasse in Königszelt benötigte Geld von der Stationskasse in Freiburg überwies. Die betreffende Mappe enthielt 1900 Mark, doch versehentlich waren auf dem Anhängezettel nur 1100 Mark angegeben. Sofort ließ Melzer die Differenz von 800 Mark in seine eigene Tasche verschwinden. Der Angeklagte wurde zu insgesamt 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Freiburg

Besucht den Proletarischen Abend!

Sonntag, den 2. Dezember, 19 Uhr, im „Blücher", Proletarischer Abend zugunsten der Kinderheime der RH. Konzert, Theater, Gesangsvorträge. Gespielt wird u. a. „Sacco und Vanzettis Leben und Sterben". Klassengenossen, sorgt, daß den Kindern eine Weihnachtsfreude wird! Erscheint restlos! Eintritt 40 Pfennig.

Bolkenhain

Betriebsunfall im Steinbruch. Der Arbeiter Herrmann wollte im Thaslerschen Steinbruch in Girlachsdorf einen abrollenden Kipper mit einem Holzscheit zum Halten bringen. Hierbei glitt er aus. Die Räder gingen ihm über das rechte Bein, das schwer verletzt wurde.

Schweidnitz

Einbrüche in Bahnhöfe. Unbekannte Einbrecher drangen in die Bahnhöfe Ober- und Nieder-Weistritz ein. Sie stemmten das Mauerwerk mit Brecheisen los und erbrachen die in die Mauer eingebauten Geldschränke. In Ober-Weistritz erbeuteten die ungebetenen Gäste etwa 50 Mark, während sie in Nieder-Weistritz ein völliges Fiasko erlebten; denn in der Kasse befanden sich nur 2 Mark.

Generalversammlung der Waldenburger Metallarbeiter

„Arbeiter-Zeitung" Publikationsorgan

Am Dienstag tagte in Waldenburg eine außerordentlich Generalversammlung des DMV., die sich mit den Aenderungen des Hauptstatuts, wie Einführung der Invalidenversicherung usw., sowie mit der Beratung eines Ortsstatuts beschäftigte. Kollege Daßler machte der Versammlung die neuen Unterstützungseinrichtungen und Beitragserhöhungen schmackhaft. Die Aussprache war lebhaft. Kollege Becker legte erneut den Standpunkt der Opposition über die Frage der Invalidenversicherung dar. Es ist eine Tatsache, daß die Gewerkschaften von der Linie des Klassenkampfes ständig abweichen und zu Unterstützungsvereinen herabsinken. Das hängt besonders mit der Einstellung zum Schlichtungswesen zusammen, denn durch dieses werden heutzutage die meisten Lohn- und Arbeitszeitstreitigkeiten auf kalte Weise geregelt. Wie sie geregelt werden, das haben ja die Kollegen des Bergbaues noch frisch in Erinnerung. Daß, entgegen den Behauptungen Daßlers, auch Unterstützung aus Verbandsmitteln bei der staatlichen Fürsorge, auch Hauszinssteuerstundung angerechnet würden, sei eine Tatsache (Beifall). Da nun der Verbandstag gesprochen hat, müssen nun auch, gegen den Willen der Minderheit, die Beschlüsse durchgeführt werden, Aber ob die Kollegen des Bergbaues, mit 63 Pfennig Stundenlohn und hohen Sozialbeiträgen, den 1,50-Mark-Beitrag werden zahlen können, ist eine andere Frage. In der weiteren Diskussion brachten die Kollegen Mose, Rohr u. a. Beweise, daß Verbandsunterstützungen von Wohlfahrtsämtern angerechnet werden und mit dem Strafgesetzbuch gedroht wird, wenn unwahre Angaben gemacht werden. Daßler glaubte in seinem bekannten Bärenführerjargon die Opposition totzumachen. Er erreicht das Gegenteil, die Opposition wird stärker und stärker! Lächerlich war seine Behauptung, daß, falls durch den Streik das Hauszinssteueraufkommen der Gemeinden nicht erreicht würde, die Gemeinden verpflichtet wären, die Steuer trotzdem aufzubringen durch Umlageverfahren. Zum Ortsstatut stellte Becker den Antrag, die Ortsverwaltung nach dem System der Verhältniswahl zu wählen. Gegen starke Minderheit, mit nur wenigen Stimmen Majorität, wurde der Antrag abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag, Generalversammlungen auch in der

kommunistischen Presse bekanntzugeben,

und zwar durch Inserat. Andere Anträge zum Statut seitens der Opposition wurden auf Befehl Daßlers durch seine Getreuen abgelehnt. Dies geschah auch mit dem Antrag Becker zur Jugendfrage, in dem die Bildung einer Jugendgruppe verlangt, dem Jugendleiter bei Behandlung von Jugendfragen in der Ortsverwaltung Sitz und Stimme gewährt und alle Kollegen aufgefordert werden, die Jugendarbeit tatkräftig zu fördern. Becker kennzeichnete die Einstellung des Geschäftsführers und der SPD.-Mehrheit zu Jugendfragen, die zu fördern der Verbandstag beschlossen hat.

Wenn Daßler im dritten Tagesordnungspunkt die Agitation des BAV. betr. Uebertritt unserer jugendlichen Kollegen in den BAV. verurteilt, so hätte er am besten getan, dem Antrag Becker stattzugeben.

Die Lokalzuschläge wurden in der 1. und 2. Klasse auf 20 Pfennig festgesetzt und die Leistungen herabgesetzt.

Daßler leistete sich in der Geschäftsordnung wieder besondere Dinge. Seine Strangulierungsmethode und sein Ton im Umgang mit Kollegen wirken direkt verbandsschädigend, denn viele Kollegen erklärten, daß sie deshalb nicht mehr in die Versammlungen kommen würden. Kollegen, ihr seid auf falschem Wege, geht noch zahlreicher in die Versammlungen, besonders besucht im Januar die Hauptversammlung und wählt euch dort eine Leitung, die euer Vertrauen rechtfertigt! Wenn der „Bergwacht"-Redakteur Kollege Schiller, der auch mal anwesend war, seine Kunst nur am anderen Tage in recht fragwürdiger, schäbiger Weise in der „Bergwacht" zeigt, so beweist dies seine eigenartige gewerkschaftliche Mitarbeit, denn in der Versammlung gab er keinen Ton von sich. (Warum bekämpfst du die Opposition nicht Auge in Auge in der Versammlung, werter Kollege Schiller? Oder fühlst du dich zu schwach und hast von deinem letzten „Auftreten" noch genug?) Das Urteil über Schillersche Geistesprodukte in der „Lügenwacht" ist unter den Kollegen gefällt. Er hat mit seinem großen Namensbruder nicht das geringste gemein!

Traute Hoelz spricht:

in Hirschberg am 28. November um 20 Uhr,
in Landeshut am 29. November um 20 Uhr,
in Krausendorf am 1. Dezember um 20 Uhr.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 28. Nov. 16: Blick in Zeitschriften. ● 16.30: Funkkapelle: Operettenmusik. Leitung: Fr. Marzialet. ● 17.50: Stadtbaumeister Dipl.-Ing. Kuppert: Rationalisierung des Haushalts durch Elektrizität. ● 18.10: H. Tasiemka: Interview mit dem neuen Präsidenten der Dichterakademie Walter v. Molo. ● 18.30: Französisch für Fortgeschr. ● 19.25: Etwelche Dend- unnd Merkwurdigkeiten, so wie auch Staats actiones und wunderliche Historien von der Statt Bresslau in der Schlesien, geträulich erzehlet vom Erich Landsberg. ● 19.50: Prof. Dr. Wiener: Blick in die Zeit. ● 20.15: Melodramen. Plaut: Unter dem Hollunder. — Mostar: Unsere liebe Frau und der Dieb. — Durra: Reck von Volmarstein und seine Dame. Ausf.: Käthe Graber, E. Poplewski (Flügel). ● 21: Wunschabend der Funkkapelle. ● 22: Abendberichte. Dr. Zoff: Aufführungen des Breslauer Schauspiels.

Donnerstag, 29. Nov. 10.30: Gleiwitz: Schulfunk. Barbarafeier. Schülerchor der Mittelschule Hindenburg. Ansprache: Rektor Niedurny. ● 16: Bücherstunde. ● 16.30: Funkkapelle: Unterhaltungskonzert. ● 18: Prof. Dr. Schube: Unsere Baumwelt im Winter. ● 18.25: Gleiwitz: Herm. Ehren: Werden und Wollen des Industrievolks. ● 19.25: Geschäftsführer Kramer: Der Angestellte in den öffentlichen Verwaltungen. ● 19.50: Englische Lektüre. ● 20.15: Zum 50. Geburtstag des Dichters Georg Kaiser. Paul Rilla: Einführung in „Gas". ● 20.25: „Gas". Von Georg Kaiser. Pers.: Reporter; Milliardärssohn; Tochter; Offizier; Ingenieur; erster schwarzer Herr; zweiter schwarzer Herr; dritter schwarzer Herr; Regierungsvertreter; Schreiber; Arbeiter; Mädchen; Frau; Mutter, Hauptmann. ● 21.30: Fünfte Funktanzstunde. Leitung: W. Carlos. Funk-Jazzorchester. ● 22: Chefredakteur Dr. Räuscher: Presseumschau des Drahtlosen Dienstes. Funktechnischer Briefkasten. ● 22.30: Tanzmusik des Funk-Jazzorchesters. Leitung: E. Prade.

Freitag, 30. Nov. 16: Hausfrauenbund. Else Hoffmann: Praktischer Nachmittag. Der bunte Teller zu Weihnachten. Küchenzettel, Rezepte. ● 16.30: Konzert der Funkkapelle. Solisten: Br. Janz (Violine), E. Poplewski (Klavier). ● 18: Gleiwitz: Dipl.-Ing. Just: Die Glühlampenherstellung und die moderne Licht- und Beleuchtungstechnik. ● 18.25: Ewald Fröhlich: Wochenende auch im Winter? — Nichts für mich! ● 18.40: Dr. Schleier: Bedeutende Physiker und ihre Leistungen. (Maxwell und Hertz.) ● 19.25: Oberregierungsrat Dr. Laube: Die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz. ● 19.50: Leopold Lehmann: Wir können fliegen. ● 20.15: Schlesische Philharmonie: Alla turca. Einf. und Leitung: Dr. Nick. Mozart: Ouv. zu „Die Entführung aus dem Serail"; Rondo alla turca; La Bataille, Contredanse. — Weber: Ouv. „Abu Hassan". — Beethoven: Türkischer Marsch aus „Die Ruinen von Athen". ● Anschl.: Festmärsche. Leitung: Dr. Nick. Schlesische Philharmonie.

Sonnabend, 1. Dez. 16: Bücherstunde. ● 16.30: Unterhaltungskonzert. Zither-Duo: Rich. Geuther, Rob. Klar. C. Neumayer, Rainer Grund (Saxophon). ● 18: Ing. Haebler: Von Berlin an die Schwelle Asiens. ● 18.25: Esperanto. A. Hanuschke: Die Geschichte der Festung Glogau in Schlesien. ● 18.35: Dr. Kunert: Das vorzeitige Lockerwerden der Zähne, seine Ursachen und Verhütung. ● 19.20: Einführung in die Reichskurzschrift. ● 19.50: Georg Lichey: An den Wendepunkten der Weltgeschichte. (Peter der Große.) ● 20.15: Volkstümliches Konzert. Leitung: H. Behr. Ausf.: Schlesische Philharmonie. H. Marteau (Violine). Weber: Ouv. „Preziosa". — Mendelssohn: E-moll für Violine und Orchester. — Vivaldi: Concerto grosso D-moll. — Beethoven: Deutsche Tänze. — Rameau: Drei Balletttstücke. — Schubert-Liszt: Reitermarsch. ● 22: Abendberichte. ● 22.30: Berlin: Tanzmusik. Kapelle Otto Kermbach.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, 24. 11. bis Freitag, den 30. 11. täglich 20.15 Uhr
Oktobertag
Sonnabend, den 1. 12. 20.20 Uhr
Zum 1. Male
Die Dreigroschenoper
von Bert Brecht
Musik von Kurt Weill

Thalia-Theater
Von Sonnabend, 24. 11. bis Freitag, den 30. 11. täglich 20.15 Uhr
Der Prozeß Mary Dugan
Sonnabend, den 1. 12.
Zum 1. Male
Kapitän Brassbounds Bekehrung
von Bernard Shaw
Deutsch v. Siegfr. Trebitsch

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36304
Täglich 20 Uhr
Der große Operetten-Erfolg
Die Herzogin von Chicago
Musik von Emmerich Kálmán

Stadt-Theater Breslau
(Opernhaus)
Montag, 20 Uhr
Der Freischütz
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 7
Gastspiel Maria Hussa
(Stadttheater Hamburg)
Die Ägyptische Helena
Mittwoch 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 7
Die Zauberflöte
Donnerstag, 18.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 7
Die Walküre
Freitag, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 7
Margarete (Faust)
Sonnabend, 20 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
Sonntag, 20 Uhr
Die Ägyptische Helena

Ueberall erhältlich! Ueberall erhältlich
Quabis-Brot macht Wangen rot
Ueberall erhältlich! Ueberall erhältlich!

Brennholz
Schwarten u. Säumlinge
gibt laufend bei Selbstabholung billig ab
Dampfsägewerk Breslau 10, Verläng. Niedergasse

10 Worte
Genossinnen
sagt beim Einkauf den Geschäftsleuten
„Wir kommen zu Ihnen, weil Sie in unserer Zeitung inserieren!"

Trockener Kellerraum
218 qm groß
mit elektr. Fahrstuhl und elektr. Lichtanlage und ein zweifenstr. Kontorraum in einem Grundstück auf der Herrenstraße sofort zu vermieten. Nähere Auskunft im Magistrats-Büro II, Blücherplatz 14, Zimmer 54.

Amtliche Bekanntmachung von Weißstein

Es wird darauf hingewiesen, daß die **Räume zur Unterbringung von Kraftfahrzeugen** den Bestimmungen der Polizei-Verordnung über den Bau von Anlagen zur Unterbringung von Kraftfahrzeugen vom 23. 6. 1926 (Sonderbeilage zu Stück 27 des Amtsblattes für 1926) in der Fassung der Polizei-Verordnung vom 8. 3. 1928 (Amtsblatt Seite 113) entsprechen müssen. **Für die Errichtung bzw. Benutzung von Räumen zur Unterbringung von Kraftfahrzeugen ist die baupolizeiliche Genehmigung erforderlich.**

Die Bestimmungen der vorerwähnten Polizei-Verordnung können im hiesigen Gemeinde-Bauamt eingesehen werden.

Weißstein, den 22. November 1928

Der Amtsvorsteher
Hertwig

Sie verdienen täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter Roßhaar, Garn, Knöpfe Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Barth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Wochenspielplan des Schweidnitzer Stadttheaters
(Dir. P. Richter)
Dienstag, 27. Nov. abends ¾8 Uhr
Zum letzten Mal
Erde
Schauspiel von Schönherr
Donnerstag, 29. Nov. abends 7½ Uhr
Die Czardasfürstin
Operette
Freitag, 30. Nov. abends ¾8 Uhr
Des Königs Nachbarin
Operette
Sonntag, 2. Dez. nachm. ¼4 Uhr
Die Czardasfürstin
Abends ½8 Uhr
Zum letzten Male
Die Tugendprinzessin

Emil Schmelz
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren
Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
Große Auswahl Billigste Preise

Sind wir gerüstet zur Verteidigung der Sowjetunion?

Von Ernst Schneller

II.

Verschärfter Kampf gegen Faschismus, Pazifismus und Reformismus

Ein besonderes Kapitel der Forschung und Aufklärung muß dem **Pazifismus und Reformismus** in ihrer Stellung zu den Kriegsfragen gewidmet sein. Der **Faschismus** aller Schattierungen preist und verherrlicht offen den Krieg. **Der Stahlhelm** verlangt „mehr Raum"! Aber der kleinbürgerliche Pazifismus aller Schattierungen (nicht mit den kriegsfeindlichen Stimmungen der breiten Massen gleichzusetzen!) und der Reformismus (besonders in der „linken" Färbung) sind die gefährlichsten Verbündeten der Bourgeoisie. Soviel sich die Bourgeoisie selbst in Pazifismus bemüht, ihre heuchlerischen Manöver können in den Massen keinen tiefen Boden finden — ohne diese pazifistisch-reformistische Unterstützung. **Der Pazifismus ist zur offiziellen Waffe der Imperialisten gegenüber der Sowjetunion geworden.** Hat nicht Briand, dieser Meister der verlogenen Phrase, in Genf die Unmöglichkeiten der Abrüstung mit der angeblich in der Sowjetunion und in ihr allein durchgeführten Aufrüstung begründet? Haben ihm die Pazifisten nicht dazu das Rüstzeug geliefert? Ihre Friedenspropaganda (mit Vorschlägen z. B. der Verdoppelung der Reichswehr!) mit der uneingeschränkten Verdammung jedes Krieges — sucht Stütze in jedem Manöver der Imperialisten und schreckt um so stärker vor Vorschlägen, wie den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion zurück (die sie z. T. als nicht ernst gemeinte Manöver denunzieren).

Die Verbrechen des Reformismus wiegen jedoch viel schwerer. Nicht nur, daß der Reformismus die Kriegsgefahr leugnet, vor allem die Bedrohung der Sowjetunion — und so die Massen einlullt, einschläfert, das gesamte System seiner Politik, Völkerbund, Wirtschaftsdemokratie, Koalition, Niederlagenstrategie in Wirtschaftskämpfen, Spaltung der Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen, Ausbildung von Rollkommandos, Streikbrechergarden dient der **aktiven Unterstützung des Imperialismus und der Kriegspolitik.** Deswegen die positive Stellung zur Reichswehr, zur Vaterlandsverteidigung; deswegen die infame Hetze gegen die Sowjetunion („roter" Imperialismus, „roter" Militarismus), deswegen der scharfe Kampf gegen die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften, bei Sportlern, Freidenkern usw. Die Kriegspolitik der Reformisten setzt nicht erst ein, wenn es Kredite zu bewilligen, Burgfrieden zu sichern gilt — sie ist heute schon das System der Tagesarbeit. **Die „Linken", wie Levi, Böschel, Seydewitz** haben dabei die Aufgabe, den mißtrauisch gewordenen Arbeitern gut zuzureden, an einen 4. August wie 1914 sei gar nicht zu denken!

Konzentrierung auf die Betriebe

Die praktische Arbeit der Partei unter den Massen erfordert im Hinblick auf die revolutionäre Lösung des Kriegsproblems, d. h. der Machtfrage — eine viel konsequentere Einstellung auf die **Belebung und Verstärkung der Betriebszellenarbeit** im allgemeinen (Betriebszeitungen, Arbeiterkorrespondenzen betr. Kampfleitungen bei Bewegungen) und dabei besonders auf die für den Imperialismus, für die Kriegsführung ausschlaggebenden Industrien, Betriebe, Organisationen, Bevölkerungsgruppen und -schichten. Ein großer Kampf in der Hütten-, Werft-, chemischen Industrie, im Bergbau, im Transportwesen (Häfen, Eisenbahnen), bedeutet für die imperialistische Politik einen schweren Schlag; solche Kämpfe können leichter als andere zu **politischen Massenkämpfen,** zum politischen Machtkampf gesteigert werden. Eine Lebensfrage für die Revolution ist die feste Verankerung gerade unter diesen für Krieg und Revolution ausschlaggebenden Arbeiterschichten, in ihren Organisationen (umgekehrt sucht die Bourgeoisie, unterstützt vielfach von Reformisten, diese Betriebe regelmäßig zu reinigen) — hier kann es kein Zurück geben, hier darf keine Anstrengung zu groß, kein Opfer zu schwer sein. Vieles ist nachzuholen, was in den letzten Jahren unterlassen wurde. **Werkpolizei, Werkfaschismus** können und dürfen uns nicht abhalten, unsere Arbeit voranzutreiben. (Eine ernste Mahnung: Eisenbahn!)

Besondere Beachtung müssen in höherem Maße als bisher die speziellen **Rüstungsbetriebe in der Metallindustrie, Chemie, Elektroindustrie, optische Industrie, Luftfahrt, Motoren-Traktoren-Industrie** finden. Hunderttausende von Arbeitern, die in derart kriegswichtigen Betrieben beschäftigt sind, haben von der Bedeutung ihrer Arbeit heute leider meist keine Ahnung. Unsere Aufgabe ist es — unser Erfolg wird es sein — hier revolutionäre Mobilisation durchzuführen.

Die Heraushebung der wichtigsten Industrie, die zugleich am stärksten in Großbetrieben konzentriert ist, für die revolutionäre Arbeit darf keineswegs zur Unterschätzung der Arbeit auf anderen Gebieten führen. Das gilt für die **Arbeit in der Textilindustrie, in Staats- und Gemeindebetrieben** — hier werden durch große Streiks Hunderttausende von Arbeitern unmittelbar in Bewegung gesetzt — und diese Massenbewegungen dürfen nicht unterschätzt werden. Insbesondere gilt das für die Arbeit auf dem Lande und unter den Landarbeitern wie unter den Kleinbauern. Die bitteren Erfahrungen dieser Schichten aus dem letzten Kriege sind leider nicht zusammengetragen, geschweige denn ausgewertet worden. Kein Zweifel kann darüber sein, daß trotz Stahlhelm und Landbundpropaganda eine zwar unklare, aber tief verwurzelte kriegsfeindliche Stimmung weit verbreitet ist, die wir am besten in Verbindung mit Steuer-, Zoll-, Preis-Nöten im revolutionären Sinne ausnutzen können.

Daß die **Arbeiterinnen- und Jugendfrage** in Verbindung mit dem Kriegsproblem eine größere Bedeutung haben wird als 1914/18, ergibt sich aus der seit einiger Zeit sehr stark erhöhten Bedeutung der Arbeiterinnen und Jungarbeiter im Produktionsprozeß.

Die Jugendfrage hat ihre besondere Bedeutung jedoch noch in einem wesentlich wichtigeren Sinne: im Hinblick auf die **antimilitaristische Arbeit in Heer, Flotte, Polizeitruppen und ihren Reserven.** Die Erfahrungen der französischen Bruderpartei beweisen das in vollem Maße. Wenn bei uns die antimilitaristische Arbeit auch ungeheuer erschwert ist — ihre Unterlassung wäre ein Verbrechen, insbesondere die Unterlassung der antimilitaristischen „Verseuchung" der Jungarbeiter und ihre Erziehung zur proletarischen Wehrhaftigkeit!

Sicherung gegen Verfolgung und Illegalität

Schließlich ein letztes Problem: Die Bourgeoisie sucht sich gegen „Dolchstöße", gegen revolutionäre Störungen, so gut sie kann zu sichern, sucht sich Rückendeckung zu schaffen — durch verschärfte Verfolgung der Kommunistischen Partei, des KJVD., des RFB. usw., im akuteren Stadium: Verbot der Partei, Einkerkerung von Funktionären, Reinigung der Betriebe usw.

Die Partei muß — da es sich um den herannahenden Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat handelt — diesen Möglichkeiten mit aller Ruhe und Kühnheit entgegensehen. Hier geht es darum: wo ist die größere Findigkeit, Initiative, Tapferkeit — **bei dem schlecht bezahlten Spitzelsystem des Staates** oder bei den um ihr revolutionäres Ziel kämpfenden Arbeitern? Die tiefste Verankerung in Betrieben und Massenorganisationen kann durch Polizeischikane, durch Kerker und auch durch reformistische Denunziationen nicht ausgerottet werden. Aber **besondere Sicherungen und Maßnahmen müssen heute schon getroffen werden, um höchste Leistungsfähigkeit der revolutionären Partei auch unter härtester Verfolgung zu garantieren.** Der Weltkongreß hat beschlossen — zu einem noch festzulegenden Termin —, einen **internationalen Kampftag gegen die imperialistische Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjetunion** durchzuführen. Die Parteien werden zu zeigen haben — dem Proletariat wie der Bourgeoisie —, welche Arbeit sie bereits geleistet haben, welche Erfolge sie aufweisen können, welche Erwartungen auf sie zu setzen sind.

Die Partei vermag alle die Aufgaben, die aus der Zuspitzung der imperialistischen Kriegsgefahr erwachsen — und sie werden noch steigen —, nur zu erfüllen:

bei größter innerer Geschlossenheit und eisernster revolutionärer Disziplin von der obersten Spitze bis zur letzten Zelle, bei vollständiger Orientierung auf die große internationale Verantwortung und Verbundenheit.

Gruppierungen, Fraktionen bedeuten nicht nur politisch das Eindringen fremder Einflüsse, sie erleichtern es auch organisatorisch — wie sich das im gegenwärtigen **Kampf der Rechten gegen die Partei** ganz klar zeigt (wo internste Vorgänge dem Reformismus und den übrigen Feinden der Partei zugetragen werden). Wenn es der Partei ernst mit dem Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, gegen die Bedrohung der Sowjetunion ist, dann muß sie rasch Schluß machen mit Fraktionen und Gruppierungen. So führte Lenin 1912 schärfsten Kampf gegen Opportunisten, Versöhnler, so sicherte er die Schlagkraft der bolschewistischen Partei, eine der entscheidenden Voraussetzungen für die siegreiche Revolution.

10 Jahre „Arbeiter-Zeitung"

5000 neue Abonnenten als Jubiläumsgabe

Am 31. März 1929 wird die „Arbeiter-Zeitung" auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken können. In der Noske-Hörsing-Periode, als zwei- bis dreimal in der Woche erscheinendes USPD.-Blatt, von Bernhard Schottländer gegründet, hat sie sich in zehn Jahren Kampf gegen kapitalistische Republik, Ausbeutersippe, Militärdiktatur, rechte und „linke" SPD., trotz Verbote, Beschlagnahmungen, Staatsanwalt, das Vertrauen der werktätigen Massen erobert. Vom kleinen, unregelmäßig erscheinenden USPD.-Blatt zur weitverbreiteten Tageszeitung der KPD. Ein weiter Weg. Zehn Jahre „Arbeiter-Zeitung", ein Stück Geschichte der proletarischen Revolution in Schlesien und Oberschlesien. Mit Stolz kann die revolutionäre Arbeiterschaft, kann die KPD. auf diese Entwicklung der „Arbeiter-Zeitung", die kein Hörsing, kein Zimmer, kein Beck, kein Kleibömer, keine Hetze der „Volkswacht", „Bergwacht", „Volksblatt", kein Rechtsanwalt aufhalten konnte, zurückblicken. Ungeheuer sind die Opfer, die das revolutionäre Proletariat im Kampf für die „Arbeiter-Zeitung" gebracht hat. Genosse Bernhard Schottländer, der klarste und kühnste Kopf in der linken USPD., Herz und Hirn der revolutionären, proletarischen Bewegung, wurde von den vertierten Kappisten gemeuchelt. Der Genosse Demmig, Redakteur der „Arbeiter-Zeitung", starb gleichfalls unter den Mörderhänden der uniformierten Bestien. Proletarischer Opfermut, der die letzten Groschen zum Ausbau der „Arbeiter-Zeitung" aufbrachte, verhinderte, daß nach Schottländers Tode dem revolutionären Proletariat sein Kampforgan entrissen wurde. An die Stelle des Erschlagenen, dessen Hand nicht nur die Feder führte, sondern stets offen war, wenn es galt, schwere pekuniäre Opfer für die „Arbeiter-Zeitung" zu bringen, traten Hunderte und Tausende wackerer Genossen und Genossinnen. Sie fundierten mit ihren Groschen das Blatt; sie liefen jahraus, jahrein treppauf, treppab, um Abonnenten und Inserenten zu gewinnen. Sie arbeiteten wochenlang mit Spaten und Hacken in ihren freien Stunden, als es galt, das neue Heim in der Trebnitzer Straße auszugestalten. Sie bauten im März 1924 nach sechsmonatiger Schließung durch die Militärbehörden ihre „A.-Z." wieder auf. Sie hielten 1924/25 trotz zwölfmaliger Verbote ihrem Blatt die Treue. So ist die Geschichte der „Arbeiter-Zeitung" ein glänzendes Zeugnis für proletarische Opferwilligkeit, Ausdauer, Treue. Auch heute könnte die „Arbeiter-Zeitung" nicht existieren ohne die hingebende Arbeit der Genossen und Genossinnen, die für das Blatt werben, die nach acht-, neun-, zehnstündiger Arbeitszeit in kalter Stube bei schlechter Beleuchtung die Gewerkschafts-, Betriebs- oder Versammlungsberichte für die nächste Nummer der „Arbeiter-Zeitung" schreiben. Auf diese Treue, Opferwilligkeit, Zuverlässigkeit und Ausdauer aller Genossen und Genossinnen, Freunde und Leser der „Arbeiter-Zeitung rechnen die Bezirksleitungen in Schlesien und Oberschlesien, Redaktion und Verlag auch in der kommenden Zeit. Sie bauen darauf, wenn sie eine neue große Werbekampagne einleiten und allen Genossen, Genossinnen und Sympathisierenden die Aufgabe stellen, bis zum zehnjährigen Geburtstag der „Arbeiter-Zeitung"

5000 neue Abonnenten zu gewinnen

Ueber die Notwendigkeit, den zehnten Gründungstag der „Arbeiter-Zeitung" nicht nur durch eine würdige proletarische Feier, sondern durch Vermehrung ihrer Leserzahl zu begehen, brauchen wir nicht viel zu sagen. Jeder Kommunist weiß, was die Stunde geschlagen hat, daß wir uns in der Periode der

aktiven Vorbereitung des kommenden imperialistischen Krieges

befinden. Jeder Genosse begreift, daß die Kommunistische Partei den Kampf gegen diese Kriegsvorbereitungen erfolgreich nur führen kann, wenn ihre Sprachorgane — das einzige in Schlesien und Oberschlesien, Genossen — zu den Massen der Werktätigen dringt, die durch bürgerliche und sozialdemokratische Blätter blindgemacht werden für die Kriegsgefahren, deren politische Erkenntnis, deren Klassenbewußtsein gemindert und gefälscht wird durch die tägliche ideologische Beeinflussung der Klassenfeinde. Auch die Hungeroffensive der Unternehmer, die Verschärfung und Zuspitzung der Klassenkämpfe macht die stärkste Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" zur gebieterischen Notwendigkeit.

Kann das gesteckte Ziel erreicht werden?

Es kann und muß erreicht werden, das zeigen die Wahlziffern vom Mai d. J., das zeigt die große Masse der mit der KPD. Sympathisierenden. Noch nie war der Moment für die Werbung für die „Arbeiter-Zeitung" so günstig wie augenblicklich. Darum heißt es, **sofort** mit der Arbeit zu beginnen. Sofort müssen die Anweisungen durchgeführt werden, die der Verlag den Ortsgruppenleitern gegeben hat. Sofort mit den Vorbereitungen beginnen!

Sofort muß festgestellt werden, wieviel Genossen in RFB., IAH., Rote Hilfe die „Arbeiter-Zeitung" noch nicht abonniert haben. Wieviel Freunde vorhanden sind, welche die „Arbeiter-Illustrierte" lesen, die Wochenausgabe kaufen, aber noch keine Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung" sind. Planmäßige Agitation im Hause und im Betriebe vorzubereiten, das ist die erste Aufgabe. Von der Planmäßigkeit der Arbeit wird ihr Erfolg abhängen. Sind die notwendigen Vorarbeiten erledigt, dann muß die

bis Ende März nächsten Jahres andauernde Werbearbeit

mit von Woche zu Woche steigender Intensität begonnen werden 5000 neue Abonnenten, davon 3000 für Breslau, Mittel- und Niederschlesien, 2000 für Oberschlesien, das ist das Ziel! Das ist die beste Ehrung der gemordeten Gründer der „Arbeiter-Zeitung". Das sind wir Bernhard Schottländer, Demmig und den zehntausend Opfern der proletarischen Revolution schuldig. Das müssen wir erreichen, wenn wir die konkreten Aufgaben im Kampf gegen den Krieg, die der 6. Weltkongreß besonders uns schlesischen und oberschlesischen Genossen gestellt hat, erfüllen wollen.

Es gilt, nicht nur Beschlüssen zuzustimmen, es gilt die Voraussetzungen für ihre Durchführung zu schaffen. Darum an die Arbeit. 5000 neue Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung" zu werben, heißt eine weitere Armee zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zum Kampf für die proletarische Revolution gewinnen! Wir schaffen es! ad.

Auch Konsumverein Merseburg unterstützt die Ruhrarbeiter

Wo bleiben die 11 000 übrigen Konsumvereine des Zentralverbandes?

In der Vertreterversammlung der Konsumgenossenschaft Merseburg wurde der Beschluß gefaßt, den kämpfenden Hüttenarbeitern 300 Mk. Unterstützung zu bewilligen. Bekanntlich hatten die Konsumvereine Halle und Remscheid bereits in ihren Vertreterversammlungen beschlossen, je 1000 Mark Unterstützung für den Ruhrkampf zur Verfügung zu stellen. Nunmehr hat der Konsumverein Merseburg gezeigt, daß er die proletarische Klassensolidarität zu beachten versteht.

Die Konsumvereine Halle, Remscheid und Merseburg zählen wohl tausende Mitglieder, aber sie gehören noch zu den mittleren Konsumvereinen. Die übrigen viel größeren Konsumgenossenschaften, die eine viel umfassendere Unterstützung zur Verfügung stellen können, wie z. B. Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Stuttgart, München usw., haben bisher noch keinen Finger für die in schwerem Kampfe befindlichen Hüttenarbeiter gerührt. Die Leitung des Zentralverbandes in Hamburg hat bisher noch nicht einmal zu der von der Opposition aufgestellten Forderung nach Durchführung einer zentralen Unterstützungsaktion für die Hüttenarbeiter Stellung genommen.

Die proletarischen Mitglieder müssen in ihren Konsumgenossenschaften gegen das Verhalten der reformistischen Genossenschaftsführer energisch protestieren. Die Beispiele der Konsumverein Halle, Remscheid, Merseburg usw. sind zu benutzen, um den Genossenschaftsmitgliedern die Notwendigkeit der proletarischen Klassensolidarität verständlich zu machen und zu erreichen, daß die Mitglieder gegen die Sabotage der reformistischen Leitungen Stellung nehmen.

Naturkatastrophe auf den Philippinen. — TU. Neuyork, den 24. November. Nach Meldungen aus Manila sind die Philippinen von einer furchtbaren Naturkatastrophe heimgesucht worden. Ein Taifun, der schwerste seit 50 Jahren, hat Hunderte von Häusern zerstört. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 10 000 Menschen obdachlos geworden. Gleichzeitig brachen mehrere Vulkane aus. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Lohnforderungen der schlesischen Landarbeiter

Nachdem unter dem Druck der mit wahren Hungerlöhnen entlohnten Landarbeiter die Kündigung des Barlohntarifs für Schlesien und Oberschlesien für Ende Dezember beschlossen wurde, hat jetzt die Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes den Großagrariern die Lohnforderungen unterbreitet. Danach soll der Bahrlohntarif für das Jahr 1929 wie folgt aussehen:

Die Barlöhne werden nach Reichsmark berechnet und betragen:

1. **Der Stundenbarlohn des verheirateten Lohngärtners und Ackerkutschers, dessen Frau mit in Arbeit kommt und des verheirateten Freiarbeiters, der ständig mit seiner Frau oder einem anderen vollwertigen Familienmitglied das ganze Jahr in Arbeit kommt . . . 0,15 ℳ**
   (bisher 10 Pf.)
   Für die Pflege der Pferde erhalten Ackerkutscher pro Tag, einschl. der Sonn- und Feiertage, eine Zulage von 0,40 ℳ
   (bisher 20 Pf.)
2. **Der Stundenbahrlohn der Deputatistenfrauen, Freiarbeiterinnen über 17 Jahre und Gutswitwen . . . 0,25 ℳ**
   (bisher 17 Pf.)
3. **Für jugendliche Arbeiterinnen im Alter von**
   14—15 Jahren 75 %
   15—16 Jahren 85 %
   16—17 Jahren 95 %
   des Barlohns der in Nr. 2 genannten Arbeiterinnen
4. **Der Jahresbahrlohn des unverheirateten über 20 Jahre alten Arbeiters in bäuerlichen Betrieben und des unverheirateten Arbeiters in Großbetrieben, der voll beköstigt wird, gleicht dem Bahrlohn des Lohngärtners.**
   Als Entschädigung für Viehpflege wird pro Tag, einschließl. Sonn- und Feiertage, eine Zulage gewährt von 0,40 ℳ
   (bisher 20 Pf.)
5. **Der Jahresbahrlohn der jugendlichen auf das Jahr gemieteten Arbeiter in bäuerlichen Betrieben im Alter von**

	männlich	weiblich
14—15 Jahren	50 %	55 %
15—16 Jahren	70 %	65 %
16—17 Jahren	80 %	75 %
17—18 Jahren	85 %	80 %
18—19 Jahren	90 %	85 %
19—20 Jahren	95 %	90 %
über 20 Jahre		95 %

   des Barlohns des über 20 Jahre alten männlichen Arbeiters (siehe Nr. 4, Absatz 1).
   Als Entschädigung für Viehpflege wird pro Tag, einschließl. Sonn- und Feiertage, eine Zulage gewährt von 0,40 ℳ
   (bisher 20 Pf.)
   Von den Barlohnbezügen können im ersten und vierten Quartal 20 Prozent weniger, im zweiten und dritten Quartal 20 Prozent mehr als der durchschnittliche Quartalslohn beträgt, zur Auszahlung gelangen.
6. **Der Stundenlohn des verheirateten Freiarbeiters ohne Arbeitsleistung der Frau . . . . . 0,45 ℳ**
   (bisher 37 Pf.)
7. **Der Stundenbarlohn der Haussöhne und der unverheirateten Freiarbeiter über 20 Jahre in Großbetrieben 0,45 ℳ**
8. **Der Stundenbarlohn der Haussöhne und Freiarbeiter unter 20 Jahren im Alter von**

14—15 Jahren	40 %
15—16 Jahren	45 %
16—17 Jahren	55 %
17—18 Jahren	60 %
18—19 Jahren	80 %
19—20 Jahren	95 %

   des Barlohns der Haussöhne über 20 Jahre (siehe Nr. 7).
   Landarbeiter in gehobenen Stellungen erhalten neben dem Normalbeputat mindestens 60 Prozent mehr Barlohn als der Lohngärtner.
10. **Gutshandwerker erhalten, falls nicht besondere Tarifverträge abschlossen sind, neben dem Normalbeputat mindestens 100 Prozent mehr Barlohn als der Lohngärtner.**
11. **Stallfrauen und Stallmägde, die ständig im Stalle arbeiten, erhalten 75 Prozent des Deputats des ständigen Arbeiters und 7 Mark pro Woche Barlohn.**
    Im Stalle tätige Frauen, deren Männer selbst schon Deputat beziehen, erhalten als Entgelt für die von ihnen jeweils geleisteten Arbeitsstunden den Stundenlohn der Deputatistenfrau (siehe Nr. 2).
12. **Für aushilfsweises Pferdepflegen und Füttern sind je Tag und Gespann 0,50 Mark zu zahlen.**

*

Die Forderungen sind äußerst bescheiden. Ihre restlose Erfüllung wird dem Landarbeiter keinesfalls das Existenzminimum sichern. Schon jetzt steht fest, daß die Großgrundbesitzer die Forderungen ablehnen werden. Dann wird, wie üblich, der Weg zum Schlichter beschritten. Was dabei herauskommt, haben die Landarbeiter bei den vorjährigen und früheren Lohnbewegungen zur Genüge erfahren können: Nichts, oder höchstens einen Pfennig! Deshalb müssen die Landarbeiter von den Führern des Deutschen Landarbeiterverbandes fordern, daß sie den Schlichter nicht anrufen und sich an Schlichtungsverhandlungen nicht beteiligen. Die aufgestellten Forderungen müssen als Mindestforderungen gelten. Sind die Großgrundbesitzer nicht bereit, sie freiwillig zu erfüllen, so müssen sie durch den geschlossenen Kampf dazu gezwungen werden.

Wieder eine völlige Kapitulation

Der Koalitionskurs der SPD.-Führer — Keinen Pfennig Lohnerhöhung

Triumphierend meldet die „Deutsche Bergwerkszeitung" vom 24. November:

„Der Konflikt in der Belberter Schloßindustrie ist beigelegt, und zwar haben in den Parteiverhandlungen die Gewerkschaften ihre Forderungen fallen gelassen. In freier Vereinbarung wurde beschlossen, das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. März 1929 mit der Maßgabe zu verlängern, daß es von diesem Tage ab mit vierwöchiger Frist gekündigt werden kann.

Die Gewerkschaften beweisen hier nach Peine und Ilsede erneut, daß sie, wenn sie wollen, wirtschaftliche Einsicht genug besitzen können."

Diese schändliche Kapitulation der reformistischen Gewerkschaftsführer geht die ganze Arbeiterschaft an.

Denn diese freiwillige Preisgabe der Arbeiterforderungen ist die Linie, die die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer während der Periode des Bestehens der Koalitionsregierung durchführen wollen. Die Aussperrung im Ruhrgebiet hat nämlich auf die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie so gewirkt, daß sie auf der ganzen Linie nur noch entschiedener und schandloser als bisher diesen Kurs verfolgen.

Ueberall stellen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Lohnforderungen der Arbeiter entgegen und versuchen sie, die Tarife nicht zu kündigen.

Ueberall geben sie in schändlicher Weise die Arbeiterforderungen preis, wenn die Unternehmer mit Kampfmaßnahmen drohen.

Arbeiter, erkennt, wohin der Kurs geht!

Die Hoffnungen eines jeden einzelnen, der im unerträglichen Elend lebt, stehen auf dem Spiel.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer werden behaupten, daß der Kampf an der Ruhr so sehr die Mittel der Gewerkschaften in Anspruch nehme, daß in anderen Gebieten der Kampf nicht aufgenommen werden könne. Diese verlogene Ausrede dürfen die Arbeiter nirgends gelten lassen. Noch hat der ADGB.-Vorstand die laufenden Kämpfe nicht unterstützt, noch hat die Gewerkschaftsbank aus ihrem eigenen Vermögen keinen Pfennig zum Kampf beigesteuert. Noch haben die ADGB.-Führer keinerlei wirksame Kampfmaßnahmen zugelassen, die geeignet wären, den Ruhrkampf rasch zugunsten der Arbeiter zu entscheiden. Nicht der Mangel gewerkschaftlicher Machtmittel ist die Schuld an den unerhörten Kapitulationen der Reformisten, sondern ihr Kurs der „Wirtschaftsdemokratie", ihre Unterstützung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik.

Aber die verratenen Arbeiter werden sich nicht damit abfinden, daß sie nun keinen Pfennig Lohnerhöhung bekommen sollen. Nun müssen die Arbeiter selbst den Angriff organisieren und gegen den Willen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Kampf aufnehmen, wo immer die Möglichkeit dazu besteht und die Lage einen Erfolg der Arbeiter verspricht.

60-Stundenwoche für Textilarbeiterinnen

Wissell verlängert die Arbeitszeit und erklärt verbindlich!

Der von einem Schlichter Wissells gefällte Arbeitszeit-Schiedsspruch für die Lausitzer Textilindustrie ist am 22. November vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Der „Vorwärts" vom 23. November hat die Stirn, dazu folgendes zu schreiben:

„Sowohl für die sächsisch-thüringischen Webereien wie auch für die Lausitzer Textilindustrie waren Arbeitszeitschiedssprüche gefällt worden, die gegenüber der bisherigen Regelung außerordentliche Verschlechterungen brachten. Die Schiedssprüche haben das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Festlegung der Mehrarbeit, die über die vom Arbeitgeber anzuordnende hinausgeht, praktisch außer Kraft gesetzt; darüber hinaus sind auch Verschlechterungen bezüglich der mehr zu leistenden Arbeitsstunden in den Schiedssprüchen enthalten. In den sächsisch-thüringischen Webereien war die Höchstleistungszahl der Arbeitsstunden nach oben hin auf 53 Stunden nach dem alten Abkommen begrenzt. Nach dem neuen Schiedsspruch ist dem Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben, bis zu 60 Arbeitsstunden in der Woche zu verlangen.

Ebenso war die Arbeitszeit in der Lausitz auf 51 Stunden mit Ausnahme von 60 Mehrarbeitsstunden pro Jahr als Höchstgrenze festgelegt. Auch hier sieht der Schiedsspruch nunmehr die Möglichkeit vor, die Arbeitnehmer bis zu 60 Wochenarbeitsstunden leisten zu lassen.

Solchen Verschlechterungen hätte die Arbeiterschaft niemals zugestimmt. Außerdem ist noch eine Reihe von weiteren Verschlechterungen zu verzeichnen."

Der „Vorwärts" verschweigt dabei das Wesentliche, daß es der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell ist, der den Textilarbeitern die 60-Stunden-Woche aufzwingen will.

60 Stunden Fabrikarbeit wöchentlich für Textilarbeiterinnen! Für Arbeiterinnen, die nach der Schufterei im Betrieb noch ihren Haushalt besorgen müssen! Welche unendliche Menschenquälerei, welche Zerstörung der Kraft und Gesundheit, welches Elend der unversorgten und hungernden Proletarierkinder liegt in dieser Tatsache! Und das ist sozialdemokratische Koalitionspolitik, dieses Elend im Interesse recht hoher Unternehmerprofite noch zu verschärfen.

Die werktätige Frau

Frauenhaut als Bucheinband

Der Kunstschriftsteller Paul Westheim, einer von denen, die den oberen Zehntausend in ihrer Presse und ihren Zeitschriften den Kunstverstand beibringen, schreibt mit aller Gemütsruhe und im Vollgefühl dessen, der etwas Hochinteressantes mitzuteilen weiß, in der „Literarischen Welt", die auch ihrerseits nichts dagegen einzuwenden hat:

„. . . Ein Universitätsprofessor hatte zu irgendwelchem wissenschaftlichen Zweck von einer Frauenleiche die Rückenhaut abgezogen. Und da er nebenbei Bibliophile war, kam er auf den Einfall, sich aus der gegerbten Haut (die sich wie Kalbsleder verarbeiten lassen soll) eins seiner Bücher binden zu lassen. Dabei war ein Stück übriggeblieben, das unser Buchbinder benutzt hatte, um für sich selbst noch einen Band daraus zu binden. Die Haut war, wie gesagt, vom Rücken; und was übrig geblieben, war von dem Teil, den man so die Fortsetzung des Rückens zu nennen pflegt. Fatalerweise stellte sich nun beim Beziehen heraus, daß gerade mitten auf dem Vorderdeckel sich ein großes Loch ergab, eben das, wo von Natur aus der Zimmermann das Loch gelassen hatte. Aber, ingeniös, wie unser Buchbinder war, wußte er sich zu helfen. Er ließ eine silberne Plakette treiben, die dann in die ominöse Stelle eingesetzt wurde. Der Band ist meines Wissens vor Jahren auch einmal in der Zeitschrift für Bücherfreunde abgebildet worden . . ."

Die „Literarische Welt" bringt dies als zur Wiedergabe sich lohnende Mitteilung aus dem Leserkreise und schätzt dadurch ihren „gebildeten Leserkreis" wohl richtig ein.

Arbeiterkinder werden mit Ratten zusammen eingesperrt, um zu sehen, ob sie von den Tieren angefressen werden, und toten Proletariern wird die Haut abgezogen, damit ein Universitätsprofessor zu einem seltenen Bucheinband kommen kann. Die „Menschlichkeit" und „Gefühlstiefe" der Ausbeutergesellschaft kommt hier zum Ausdruck. Wir schleudern ihr unsere Verachtung ins Gesicht.

Wie bulgarische Stickereien entstehen

Bulgarenblusen! Sie sind ein begehrter Modeartikel und werden in Stickereigeschäften und Warenhäusern als echt bulgarische Handarbeit zu hohen Preisen angeboten.

Ueber die Arbeitsbedingungen, unter denen dieser begehrte Modeartikel hergestellt wird, berichtet eine bulgarische Arbeiterin, die selbst lange Zeit Stickereien hergestellt hat, folgendes:

„In unserer Stadt lebt eine Großunternehmerin für bulgarische Volkskunstartikel. In ihrer Arbeitsstätte weben junge Arbeiterinnen seidene Stoffe bei schamloser Ausbeutung. Sie weben vom frühen Morgen bis zur finsteren Nacht. Sie sitzen gebeugt über ihren Maschinen und haben nicht einmal das Recht, sich miteinander zu unterhalten, weil sie damit „die Zeit verschwenden", wie ihre Ausbeuterin ihnen erzählt. Und der Tageslohn! Er ist äußerst niedrig: eine deutsche Mark, oder höchstens 1½ Mark, wenn eine Arbeiterin ohne aufzusehen geschuftet hat. Dazu bestialische Behandlung. Wenn die Leiterin in den Arbeitssaal eintritt, wagt keines der Mädchen, von der Arbeit aufzublicken. Mit Zittern erwartet jede ihre diktatorischen Befehle. Sie hat ja überall etwas auszusetzen! Wenn dann am späten Abend die Arbeit zu Ende ist, eilen die Mädchen heim, um bei der Wirtschaft mitzuhelfen.

Noch trauriger ist das Schicksal der Stickerinnen, die meistens Heimarbeiterinnen sind. Schon früh, wenn die Sonne kaum am Horizont erschienen ist, heißt es für die Stickerin aufstehen, denn sonst kann sie den Tag über nicht viel verdienen. Der Tag ist sowieso viel zu kurz für sie. Nach flüchtiger Toilette und knappem Frühstück nimmt sie die Bluse oder das Kissen vom vergangenen Tag zur Hand. Die prächtigen Muster und Formen entstehen, eine Reihe nach der anderen, entzückend lebhaft. Die bleiche Stickerin arbeitet, arbeitet . . . Die Augen werden müde, sie versagen den Dienst, und die Nadel sticht in den Finger. Rote und grüne Flecken erscheinen vor den geschlossenen Augen. Aber sie muß sie von neuem öffnen. Von neuem spielt die Nadel von einer Seite zur anderen, von neuem erscheinen die Figuren, eine nach der anderen. Schnell verschlingt die müde Stickerin das Mittagessen und verliert keine Minute, um rasch wieder die seidene Stickerei aufzunehmen, denn die Unternehmerin fordert lebhaftes, schnelles Arbeiten. Und so geht es den ganzen Nachmittag weiter. Und wenn die Dämmerung anbricht und andere ausruhen oder spazieren gehen, muß die abgespannte Stickerin immer noch tätig sein. Weder das Lachen ihrer spazierenden Schwestern noch der kühle Abend darf sie verlocken. Es gibt noch so viel zu tun, und Fräulein C., die Faktorin, wartet auf die fertige Arbeit. Aber jetzt kann sie nicht mehr. Die Dunkelheit verhindert die weitere Beschäftigung. Sie ist so müde und schläfrig. Aber mit dem Schlafen ist es nichts. Sie muß der Mutter helfen, wenn sie noch ledig, oder das Abendessen bereiten, wenn sie Ehefrau ist. Denn nicht nur junge Mädchen sticken. Mütter mit kleinen Kindern haben außer ihrer Stickarbeit noch die ganze Wirtschaft zu versorgen. Bis um 10 Uhr im Sommer und um 12 Uhr im Winter muß sie dann nach dem Abendessen noch arbeiten. Dann legt sie sich nieder, um morgens um 4 Uhr wieder ihr mühseliges Tagewerk zu beginnen.

Und wißt ihr, was man für einen Tag solcher Stickerei erhält? Eine halbe deutsche Mark! Nicht einmal ein Brot kann man dafür kaufen! Kein Geistesleben, keinen Kino- oder Theaterbesuch, keine Zerstreuung gibt es für die Stickerin. Nur arbeiten und immer wieder arbeiten.

„Mehr Kinder!"

Das Dortmunder Zentrumsblatt, die „Tremonia", schrieb vor einiger Zeit folgende Sätze, die sich jede Arbeiterfrau gut merken sollte:

„Das entscheidende ist der Wille der Mutter zum Kinde und besser gesagt, den Kindern. Denn das vielgepriesene Jahrhundert des Kindes ist kein Jahrhundert der Kinder geworden, sondern fast ein Jahrhundert des Kindermordens. Was ist in Frauen an sittlicher Verantwortung in der Ehe gestorben, bevor das „technische Mittel" triumphierte oder das keimende Leben sogar getötet wurde. Die katholische Auffassung über Sinn und Zweck der Ehe und der Familie ist die beste Rettung in der furchtbaren Verwirrung und sterilen Atmosphäre unserer Zeit. (!!) — Die „Junggesellin", die unverheiratete Frau, die ihr freies Berufsleben liebt und doch auf die Liebe des Mannes nicht verzichten will, ist die größte sittliche Dekadenzerscheinung unserer Zeit. (Das ist eine große Unverschämtheit! Zwingt nicht gerade die Not die Frauen, ein Berufsleben zu führen? Die Red.) Sie ist viel verbreiteter, als wir ahnen. Sie ist auch an den geistig arbeitenden Frauen nicht spurlos vorübergegangen. Das Grundübel ist der Unglaube. (!) Man glaubt eben einfach nicht mehr, daß eine Frau unverheiratet jungfräulich bleiben kann. (!) Es fehlen uns heute die gebundenen Sitten und die starken Frauen, die das jungfräuliche Leben freiwillig verleben. Ich meine nicht nur im Kloster, ich meine vor allem in der Welt. Denn dort ist die Not und die Sünde."

Also nun wissen die Arbeiterfrauen es: sie sind sittlich dekadent, wenn sie nicht scharenweise Elendswürmer in die Welt setzen. Wovon diese Kinder bei den Hungerlöhnen ernährt werden sollen, darüber schreibt die Zentrumszeitung nichts. Sie ist wohl sehr zufrieden mit der Not, die in den Arbeiterfamilien herrscht, sonst könnte sie nicht die Parole: mehr Kinder, herausgeben, denn diese Parole ist gleichbedeutend mit: Mehr Elend!

Achtet auf die Fragen eurer Kinder

Ein Leser unserer Zeitung schreibt uns: Wir haben ein kleines Mädchen von acht Jahren. Ein richtiger Wildfang, natürlich und lebhaft. Es ist immer voller Fragen. Mit Gesang zieht es morgens in die Schule und lernt eifrig und gern.

Vor einigen Tagen kam es nach Hause mit wichtiger Miene, aber ziemlich verstört und ängstlich. Langsam nur taute es auf. „Vater," begann es, „ist es Sünde, wenn man an der Turnstange Purzelbaum schlägt und die anderen Kinder die Hose sehen?" Ganz unwillig blickt die Mutter auf: „Wer hat denn das gesagt?" „Heute hatten wir zum erstenmal beim Kaplan Stunde, und der sagt das. Wir sollen jetzt auch das erstemal beichten gehen. Und was wir da sagen, dürfen wir nicht einmal den Eltern erzählen. Auch wenn wir uns auskleiden, dürfen wir nirgends hinsehen."

Jetzt verstanden wir, warum unser Kind verstört war. Ganz erschüttert standen wir da. Diese schändliche Erziehungsweise des Klerus, die den Kindern ihre natürliche Unbefangenheit raubt und alles Körperliche mit einem heuchlerischen und anreizenden Schleier des Sündigen, Geheimnisvollen umgibt! Freundlich-ernst sagen wir der Kleinen unsere Meinung. Das Kind wird wieder zufrieden und glücklich.

Selbstverständlich wird unser Kind nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen. Aber solche „Belehrungen", wie durch den Kaplan, werden sicher auch durch christliche Lehrpersonen erfolgen, die selbst an weltlichen Schulen zu finden sind. Darum möchte ich allen Arbeitereltern sagen: Achtet darauf, was euch euer Kind aus der Schule erzählt. Achtet aber auch darauf, wenn es wortkarg euch gegenüber wird, und versucht dann sein Vertrauen wiederzugewinnen. Sprecht in den [illegible] über solche unpädagogischen Methoden der Lehrer und teilt sie auch der „Arbeiter-Zeitung" mit!

Breslau

„Kirchentreue, der Wahrheit die Ehre!"

„Der Wahlaufruf der sogenannten „Bekenntnistreuen Vereinigung" muß bei vielen Gemeindemitgliedern den Eindruck erwecken, als sei der von ihr ausgeführte Satz des Verfassungsvorspruches der ganze Vorspruch, und als lehnten die Vertreter unserer Liste diesen Satz ab. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Wahlaufruf den zweiten Satz des Vorspruches den Wählern vorenthalten hat. Es muß daher irreführend wirken, wenn das Flugblatt behauptet, daß wir diese Grundlagen unserer Kirche verneinen. Wer nicht will, daß eine einseitige Auffassung sich in unserer Gemeinde als die allein berechtigte hinstellt und die Herrschaft an sich reißt, wähle in der Salvatorgemeinde nur die Liste „Kirchentreue", die beginnt mit den Namen: Jungfer und Steuernagel."

Das ist der Text eines Flugblattes, das anläßlich der Kirchenwahl bei Salvator von den Vertretern der Liste „Kirchentreue" gegen ihre bekenntnistreuen „Brüder in Christo" herausgegeben wurde. Das müssen ja nette Christen sein, die das gottwohlgefällige Handwerk der Kirchenratswahl mit „Vorenthaltungen", „Irreführungen" und ähnlichen schönen Dingen betreiben und die zum äußeren Beweise der Zugehörigkeit zu der „alle Menschen zu Brüdern machenden" Patentseligkeits-Kirche mit Flugblättern öffentlich gegeneinander losziehen. Der Proletarier tut gut, sich weder den „Irreführenden" noch den „Irregeführten" anzuschließen, sondern der Gesellschaft den Rücken zu kehren.

Presseprozeß mit Hindernissen

Vor der I. Strafkammer des Breslauer Landgerichts fand eine Berufungsverhandlung gegen den jetzigen Verleger Schlisch und den Inseratenvertreter Eckert der Wochenschrift „Freiheit" statt, die beide wegen Vergehen gegen das Republikschutzgesetz in erster Instanz mit Gefängnis bedacht wurden. In der Hauptverhandlung traten auch der Herausgeber der „Tribüne", Gruschwitz, und die jetzige Verlegerin, Frey, als Zeugen auf, die beide die Angeklagten im Gegensatz zu den Aussagen eines anderen Zeugen belasteten. Als der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, Gruschwitz auf Widersprüche hinwies und dementsprechende Anträge stellte, wurde er durch Gruschwitz beleidigt. Als er die Zurücknahme dieser Beleidigung verlangte, wollte Gruschwitz es tun, weil das Gericht es „wünschte". Als Rechtsanwalt Simon aber darauf hinwies, daß er auf eine Zurücknahme in aller Form bestehen müsse, lehnte Gruschwitz die Zurücknahme ab. Das Gericht bestrafte ihn deshalb nach längerer Beratung mit 30 Mark Geldstrafe. Auch sonst war die Verhandlung an Zwischenfällen reich. Schlisch wurde schließlich freigesprochen und Eckert zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Krach bei den Breslauer Deutschnationalen

Im Lager der hiesigen Deutschnationalen geht es durchaus nicht so ruhig zu, wie die „Schlesische Zeitung" gern wahr haben möchte. Ein deutlicher Beweis der Gegensätze ist die in den letzten Tagen erfolgte Gründung eines „Konservativen Vereins", dessen Führung in den Händen des früheren deutschnationalen Stadtverordneten Dr. Stecher und des als Reaktionär bekannten Grafen Saurma liegt. Offenbar ist diesen Herrschaften die Deutschnationale Volkspartei noch zu „revolutionär"?!

Bei Linke-Hofmann zu Tode gekommen

Gestern früh geriet der Feilenhauer Alfred Loch aus Hermannsdorf in den Linke-Hofmann-Werken in die Transmission, als er versuchte, diese, während sie in Betrieb war, zu schmieren. Ihm wurde ein Arm ausgerissen und der Kopf zerschmettert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Wie wir erfahren, ist es bei L. H. L. üblich, die Transmission während sie läuft zu schmieren, weil sonst die Maschinen „unnötigerweise" stillstellen würden. Eine Untersuchung der Schuldfrage an dem tödlichen Unfall ist dringend geboten.

Um die Elferkaserne. Wie es heißt, sollen Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Militärfiskus, dem die Elferkaserne jetzt gehört, über deren Ankauf stattfinden. Von anderer Seite wird wiederum behauptet, daß die Elferkaserne an eine Zwickauer Warenhausfirma verkauft werden soll. Falls das den Tatsachen entspricht, würden einige hundert Breslauer, die gegenwärtig in der Kaserne wohnen, obdachlos werden.

Auch nach Breslau kommen Photographen-Automaten. Photomaton, der neue amerikanische Photographier-Automat, ist nunmehr auch nach Breslau gekommen. Er wird im Osthandel, Neue Schweidnitzer Straße 1, Aufstellung finden. Gegen Einwurf eines Markstückes fertigt der Photomaton-Apparat auf einem Streifen photographischen Papiers acht verschiedene Aufnahmen an, zu deren Fertigstellung nur acht Minuten gebraucht werden, während die eigentliche photographische Sitzung den zu Photographierenden nur 20 Sekunden lang in der kleinen, einer Telephonzelle ähnlich sehenden, offenen Kammer festhält.

Großer Wohnungseinbruch. Eine nette Sonntagsüberraschung erlebte ein Ehepaar auf der Kaiser-Wilhelm-Straße, dem Diebe während des Schlafes aus den im Erdgeschoß liegenden Wohnräumen eine Unmenge wertvoller Silbersachen, kostbare Juwelen und einen schweren Damenpelz im Gesamtwerte von über 40 000 Mark (!) ausgeräumt hatten. Unter dem gestohlenen Gut, das in Säcken fortgeschafft werden mußte, befinden sich Kandelaber, Leuchter, Schalen, silberne Wasserkessel, wertvolle Tabletts und Körbchen, kostbare Dresdner Juwelierarbeit, ein Brillantanhänger mit zwei Brillanten an einer Platinkette, ein Platinarmband mit Brillanten, altes Silbergeld, silberne Gabeln, Messer und Löffel. Das Vorgehen der Diebe läßt auf genaue Ortskenntnis schließen. Sie waren dabei noch so wählerisch, Wertgegenstände von nicht edlem Metall unberührt zu lassen.

Die Breslauer Bevölkerung steigt wieder an. Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende September auf 605 005 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Oktober nach der „Fortschreibung" des Städtischen Statistischen Amtes 606 646. Geborene wurden 788, Gestorbene 623 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 165. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 7110, die der Fortgezogenen auf 5 634, woraus sich ein Wanderungsgewinn von 1 476 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung gegen Ende September um 1 641 Köpfe.

Spielwarenausstellung bei Gebrüder Barasch. Die Weihnachtsspielwarenausstellung der genannten Firma lockt wie alljährlich auch diesmal hunderte Schaulustige, besonders die Kinder, nach dem Ringe. In den Parterreräumen (Lichthof) ist ein „Wintermärchen" ausgestellt, das durch seinen Zauber viel Anklang findet, während im Schaufenster am Hintermarkt die „Heinzelmännchen" bei emsiger Arbeit gezeigt werden. Das hämmernde, hobelnde, sägende, geschäftige Zwergvolk macht den Kindern naturgemäß einen Hauptspaß, so daß vor dem Schaufenster ein riesiger Andrang stattfindet. Leider dürfen die Kleinen, die auf die Schultern der Erwachsenen klettern, nur sehen. Um ihre Wünsche zu befriedigen und die ausgestellten Spielwaren zu kaufen, reicht in den meisten Fällen der Hungerlohn des Vaters nicht aus.

Eine Viehzählung findet, wie alljährlich, am 1. Dezember 1928 im Deutschen Reiche statt. Die Erhebung erstreckt sich auf Pferde (ausschließlich Militärpferde), Maultiere und Maulesel, Esel, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenvölker. Für Steuerzwecke dürfen die über den Viehbesitz gemachten Angaben nicht verwendet werden.

Die Dezember-Fahrmarken für die Zeitkarten der Städtischen Straßenbahn werden von Donnerstag, den 29. November 1928, ab in den bekannten Verkaufsstellen ausgegeben. Mit Rücksicht auf die vielfach festgestellten Unstimmigkeiten der Deckblätter in den Karten sind beim Kauf der Marken für Monat Dezember die Kartenhüllen den Verkaufsstellen vorzulegen.

Klagen eines Erwerbslosen. Uns wird geschrieben: Die Menschen können mit 15 Mark monatlich leben. So denkt wenigstens das Wohlfahrtsamt. Wenn ein Erwerbsloser einen Antrag auf Unterstützung oder auf einen Anzug und dergleichen einreicht, da schickt das Wohlfahrtsamt erst seine Beamten, um alles „nachzuprüfen". Bis auf das Kleinste wird kontrolliert, ob auch der Erwerbslose „bedürftig" ist, die Unterstützung zu bekommen. Wie oft ist es der Fall, daß der Antrag abgelehnt wird. Zum Beispiel deswegen, weil der Unterstützungsuchende bei seinen Eltern wohnt. Meinen etwa die Herren vom Magistrat, daß die Eltern, die für sich selbst kaum das Notwendigste zum Leben verdienen und meistens noch viele kleine Kinder zu ernähren haben, daß diese auch ihre großen Söhne aushalten können? Das können vielleicht die hohen Magistratsbeamten, deren Kinder brauchen gewiß nicht zu arbeiten, denn wenn der Herr Papa Hunderte von Mark die Woche verdient, können die Eltern ihre Kinder schon ernähren.

Selbstmord. Der in bürgerlichen Radsportkreisen bekannte Geschäftsführer Unzner brachte sich in den Geschäftsräumen seiner Firma, der Breslauer Niederlassung der Reifenfabrik Peters Union, einen Schuß in den Kopf bei. Der Schwerverletzte wurde in das jüdische Krankenhaus überführt, wo er seinen Verletzungen erlegen ist. Unterschlagungen, die er verübte, waren der Grund zum Selbstmord.

Vermißt wird die Studienreferendarin Marie Bräuer, geb. 20. 11. 96 zu Breslau, hier, Fiedlerstraße 12 wohnhaft. Sie ist 1,55 Meter groß, hat langes, blondes Haar. — Ferner der Arbeitsbursche Erich Bialon, geb. 7. 8. 1912 zu Breslau, Posener Str. 33 bei den Eltern wohnhaft gewesen. Er ist 1,50 Meter groß, breitschultrig.

Sexualberatung. (Neue Taschenstraße 25 II.) Sprechstunde Dienstag und Donnerstag von 19 bis 21 Uhr. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsfürsorge usw. statt. Die Beratung unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben nicht erforderlich.

In der Zentrale für Jugendfürsorge spricht am Dienstag um 20 Uhr im Landeshause, Gartenstraße 74, Professor Dr. William Stern, Leiter des psychologischen Seminars und Laboratoriums an der Universität Hamburg, über: „Psychologische Begutachtung des jugendlichen Sexuallebens (Erfahrungen aus der forensisch-psychologischen und pädagogisch-psychologischen Tätigkeit)." Gäste sind willkommen. Jugendlichen ist der Eintritt nicht gestattet.

„Schule und Volkshochschule" lautet das Thema eines Gastvortrages, den Herr Dr. Fritz Klatt-Prerow auf Einladung der Volkshochschule am 1. Dezember, 20 Uhr, in der Aula des Matthiasgymnasiums, Schuhbrücke 37, hält. Der Eintritt ist frei. Gäste sind willkommen.

Volksbühne. Bei dem Schubert-Abend am Donnerstag, dem 29. November, im Kammermusiksaal wird Alfred Stöckel eine Fülle der schönsten Lieder Schuberts singen und Dr. Edmund Nick zwei Impromptus von Schubert zum Vortrag bringen. Eintrittskarten erhalten die Mitglieder in der Geschäftsstelle zum Einheitspreise von 1 Mark, Nichtmitglieder zum Preise von 3 und 2 Mark auch bei Hainauer.

Eine neue Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Das städtische Gesundheitsamt hat im Grundstück Königstraße 4, 1. Stock, rechts, (ehemaliges Hotel Riegner) eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke eröffnet, in der jeder Geschlechtskranke oder jeder, bei dem der Verdacht einer solchen Krankheit besteht, unentgeltlich fachärztlichen Rat erhalten kann. Eine Heilbehandlung findet in der Beratungsstelle nicht statt, jedoch kann Minderbemittelten freie ärztliche Behandlung nachgewiesen werden. Sprechstunden finden für Männer Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 9—10 Uhr, für Frauen von 11—13 Uhr statt. Daneben sind auch Abendsprechstunden, und zwar für Männer Dienstags und Donnerstags, für Frauen Montags und Freitags von 19—20 Uhr eingerichtet worden.

Kino

Tauentzien-Theater. „Lach, Clown lach!" Das oft behandelte und immer von neuem zugkräftige Motiv von dem Clown, der trotz Herzeleides lachen muß, findet in diesem Film von neuem Verwendung. Man könnte ihn deshalb ruhig übersehen, wenn nicht Lon Chaney, der „Mann der tausend Masken", die Hauptrolle spielen würde. Die Kitschigkeit der Handlung, der die übrigen Darsteller unterliegen, hat über ihn keine Gewalt. Sein Clown ist von wirklich ergreifender Gestaltung. — Das Beiprogramm bringt ein Zirkus-Lustspiel, einen Segelsportfilm und die Wochenschau. t.

Weltbühne. Die seltsame Nacht der Helga Wangen. Ein junger Student kommt aus Amerika zurück und gerät in den falschen Verdacht, seinen Adoptivvater des Geldes wegen ermordet zu haben. Der Täter stellt sich jedoch selber, und der Student bekommt sein Mädchen, das inzwischen einen reichen Amtsvorsteher geheiratet hatte. Der Inhalt des Films ist sehr dürftig, aber er bringt wunderbare Naturaufnahmen und getreue Photographien des dänischen Volkslebens, das wir aus den Büchern Knut Hamsuns und Andersen Nexös kennen. Die Hauptrollen werden von Lee Parry und Lederer mit großer Meisterschaft wiedergegeben. Auf der Bühne zeigen zwei kleine Artisten von 9 und 11 Jahren, die Geschwister Weimann, Rekordleistungen. Das Publikum dankte mit minutenlangem, stürmischen Beifall. E.

Prozesse um Lohn und Arbeit

Breslau, 27. November.

Tarifvertrag bricht Lehrvertrag. Das mußte vor dem hiesigen Arbeitsgericht ein Breslauer Buchdruckereibesitzer erfahren. Zwischen ihm und den Eltern des Lehrlings war durch Lehrvertrag vereinbart worden, im vierten Lehrjahr eine Entschädigung von 24 Mark monatlich zu zahlen. Die Sätze eines inzwischen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrags zu zahlen, lehnte er ab unter Berufung auf den Lehrvertrag. Diese Sätze richteten sich für Breslau nach dem für Klasse C gezahlten Gehilfenlohn in Höhe von 53,40 Mark. Der Lehrling hatte laut Tarifvertrag 40 Prozent davon zu erhalten, also etwas über 21 Mark pro Woche. Als der Lehrherr vor dem Arbeitsgericht erklärte, eine Entschädigung des Lehrlings in dieser Höhe sei für seinen Betrieb nicht tragbar, wurde ihm vom Vertreter des Lehrlings erwidert, daß er sich dann keine Lehrlinge halten dürfe. Da dieser Fall vollkommen klar lag, lautete schließlich das Urteil auf Nachzahlung der verlangten Summe in Höhe von 386,85 Mark.

Ebenfalls auf Nachzahlung wegen untertariflicher Bezahlung klagte ein Dachdeckergehilfe gegen den Klempnermeister Habicht, bei dem er vom 3. Juni bis 27. August in Arbeit stand. Der Kläger war als Dachdecker beschäftigt und erhielt einen Stundenlohn von 1,20 Mark, während er laut Tarif 1,26 Mark zu beanspruchen hatte. Der Klempnermeister stützte sich darauf, er habe später erfahren, der Kläger habe keine Gesellenprüfung abgelegt und leistete sich den schlechten Witz, zu erklären, dieser habe deshalb eigentlich nur den Lohn für Arbeiter, nämlich 89 Pfg. zu bekommen, er müsse eher von dem erhaltenen Lohn noch etwas zurückzahlen. Er mußte sich aber vom Vorsitzenden belehren lassen, daß nicht der Gesellenbrief, sondern die geleistete Facharbeit entscheidend sei, was allerdings der Syndikus als Rechtsbeistand des Beklagten schwer zu begreifen schien. Uebrigens stellte sich dann heraus, daß dem Kläger vor einiger Zeit die Papiere gestohlen wurden, was das Nichtvorhandensein des Gesellenbriefes erklärt. Hier wurde ein Vergleich geschlossen, nach dem der Beklagte sich bereiterklärte, an den Kläger die Summe von 86 Mk. zu zahlen.

Einem anderen Fall lag ein sogenannter „wilder Streik" zugrunde. Auf einer Baustelle der Firma Daum trat am Morgen des 27. Oktober die Belegschaft wegen einer verweigerten Laufstunde in Streik. Der Polier Latuske, dem dies mitgeteilt wurde, erklärte diesen für einen „wilden", weil die Gewerkschaft ihre Zustimmung dazu nicht erteilt habe. Kurz vor 10 Uhr drohte er, daß, wer um 10 Uhr die Arbeit nicht aufnehme, sich als entlassen zu betrachten habe. Als am nächsten Werktag die Belegschaft die Arbeit wieder aufnehmen wollte, stellte er zunächst drei Mann zurück für drei Neueingestellte und drei weitere wegen eines fehlenden Ziegelträgers mit dem Versprechen, sie bei nächster Gelegenheit zu berücksichtigen. Also eine glatte Maßregelung. Fünf der Betroffenen gelang es, anderweitig unterzukommen, während der Sechste auf Entschädigung und Ausstellung einer anderen Arbeitsbescheinigung klagte, da er keine Unterstützung erhält. Das Gericht betätigte sich beim Urteilsspruch im Sinne des heutigen Staates auf Abweisung der Klage.

Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft war angeklagt, weil sie dem Hilfsmonteur Kremel statt 86 Pfg. Stundenlohn nur 74 Pfg., also den Helferlohn gezahlt, des weiteren ihm während einer 21tägigen Montagearbeit in Kreuzburg OS. keine Auslösung gezahlt hatte. Der Vertreter der Beklagten wandte ein, der Kläger sei nur als Helfer eingestellt worden. Maßgebend war aber, daß er Montagearbeit ausgeführt hatte. Ebenso war eine schriftliche Abmachung über Nichtzahlung der Auslösung hinfällig, da diese im Tarifvertrag festgesetzt ist. Auf Zureden des Vorsitzenden einigte man sich auf die Zahlung von 85 Mark, statt der verlangten 126 Mark. Hier wie in vielen anderen Fällen kann man feststellen, daß Vergleiche meist mit einer Herabdrückung der eingeklagten Forderung enden. Der Vorsitzende weist auf die Gerichtskosten, die Zeugengebühren und den unsicheren Ausgang hin, wodurch die Kläger meist eingeschüchtert werden und sich mit einem rechtlich wie materiell recht mageren Vergleich abfinden lassen.

Mittelschlesien

Revolutionsfeier in Brieg

Freitag im „Weinberg". Ansprache, Theater, Rezitationen, Gesang. Eintritt: Jugend und Erwerbslose 25 Pfennig, Erwachsene 35 Pfennig. Programme im Vorverkauf bei allen Mitgliedern. Anfang 20 Uhr. Werktätige, erscheint zahlreich!

Die Aufhebung der Wohnungszwangwirtschaft in Neumarkt

wurde von der Wohnungskommission und dem Magistrat beschlossen. Es ist zu erwarten, daß bei ihrer arbeiterfeindlichen Zusammensetzung auch die Stadtverordnetenversammlung dem Antrage zustimmen wird, obwohl es auch in unserem Orte noch eine bedeutende Anzahl Wohnungsuchende gibt. Aber danach fragt die Profitsucht der Hauspaschas nicht.

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— Gruppe Max Hoelz. Dienstag 20 Uhr Heimabend im „Anglerheim", Leuthenstraße. Gäste willkommen.
— Gruppe Nord. Heimabend findet diesmal Mittwoch 20 Uhr bei Schneider statt, nicht Donnerstag. Referent anwesend. Erscheinen Pflicht!
— Süd. Mittwoch 20 Uhr bei Zanke, Friedrichstraße 41, öffentlicher Gruppenabend.
— Agitationsgruppe. Dienstag 20 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau
— Gruppe Lenin, Liebknecht. Mittwoch 18 Uhr Mitgliederversammlung bei Zanke, Friedrichstraße 41. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau
— Aufnahmehundertschaft. Dienstag 20 Uhr im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße.
— Führerschule. Mittwoch 20 Uhr „Hubertussäle", Vereinszimmer.
— Abt. 4. Mittwoch 19 Uhr Uebungsstunde im „Anglerheim", Leuthenstraße.

Striegau. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Simon.
Liegnitz. Dienstag 19,30 Uhr Theaterprobe im „Wintergarten".

Rote Jungfront.

Breslau
— Abt. Lenin. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Reimann, Neue Antonienstraße. Thema: Der 6. Weltkongreß.
— Abt. Budjonny. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Rösner, Uferstraße 45. Thema: Der 6. Weltkongreß.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau
— Abt. 1. Dienstag Kameradschaftsabend bei Wind, Marianenstraße.

Sonstige Organisationen

Breslau
— Rote Hilfe. Mittwoch 20 Uhr findet bei Reimann, Neue Antonienstraße, der Kursus der RH. statt. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.
— Rote Hilfe. Ost. Dienstag 20 Uhr im „Webskyschloß" erscheinen alle Funktionäre. Lichtbildervortrag ist genehmigt.
— Rote Hilfe. Nord. Alle Funktionäre beteiligen sich am Mittwoch 20 Uhr am Kursus bei Reimann, Neue Antonienstraße.
— Arbeiter-Esperanto. Dienstag 20 Uhr beginnen im Schulhaus „Kanonenhof", Taschenstraße 31, Anfängerkurse für Esperanto. Kursusdauer 30 Stunden. Teilnehmergebühr, einschließlich Lehrbuch, 4,50 Mark. Anmeldungen daselbst oder beim Vorsitzenden Hans Herelsch, Alsenstraße 57, sowie bei Willi Meder, Mehlgasse 62.
— Arbeiterschützen. Dienstag von 20 bis 22 Uhr Luftbüchsenschießen bei Reimann, Neue Antonienstraße 2.

Hirschberg. Rote Hilfe. Mittwoch 20 Uhr im „Berliner Hof" öffentliche Versammlung. Genossin Traute Hoelz spricht über „Klassenjustiz und Polizeiterror".

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Was soll man schenken? Ueber diese Frage gibt es kein Kopfzerbrechen mehr, wenn Sie den neuen „Burgsmüller-Weihnachtskatalog" besitzen, der gratis und franko verschickt wird. In hübsch geordneter Reihenfolge findet man darin Neuheiten jeder Art, Spielwaren, Uhren, Gold- und Silberwaren, feine Lebensgenußartikel, Musikinstrumente, Radio- und Photoapparate, Haus- und Küchengeräte, elektrische Artikel, Waffen, Munition und vieles andere mehr. Kurz, für jedermann etwas Passendes. Die Preise sind auch in diesem Jahre wieder so vorteilhaft gestellt, daß es kaum möglich sein wird, diese zu unterbieten. Zögern Sie deshalb nicht und bestellen Sie noch heute diesen glänzenden Ratgeber für alle Weihnachtswünsche, den kostenlosen „Burgsmüller-Weihnachtskatalog", bei der Firma Burgsmüller in Kreisen W. Nr. 225.

Denkt an die Winterhilfe der RHD.

Oberschlesien

Gleiwitzer Eisenbahner fordern Tarifkündigung

Reformisten lehnen die Unterstützung der ausgesperrten Ruhrarbeiter ab

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Vor einigen Tagen fand bei Beldzik eine Vollversammlung der Gleiwitzer Betriebs- und Beamtenräte statt. Nach dem Referat des Kollegen Herrmann über die Wohnungsverhältnisse bei der Eisenbahn in Gleiwitz trat man in die Diskussion ein. Kollege Kuzora schilderte in eingehender Weise die trüben Wohnungsverhältnisse. Er führte an Hand von Material an, daß die ungeheuren Mittel von 8,5 Milliarden Mark jährlich, die aus der Hauszinssteuer dem Staate zufließen und die zum größten Teil von den Proleten aufgebracht werden, nicht voll dem Wohnungsbau zugewendet werden. Es würden nur etwas über 2 Milliarden für den Wohnungsbau verbraucht. Wohin die restlichen Milliarden gewandert sind, können sich die Kollegen selbst denken. Nachdem sich noch drei weitere Kollegen zum Wort meldeten, fühlte sich auch der Verbandsangestellte Controwitz bemüßigt, seinen Senf hinzuzutun. Darauf schritt man zur Wahl der Vertreter. Außer einem Kollegen blieben die alten Vertreter dieselben. Obwohl der Wille vorhanden war, auch für die Beamten eine eigene Liste einzureichen, konnte sich Controwitz aus Prinzip nicht dazu hergeben, sondern er will in ein Kompromiß mit der G. T. L. oder der G. D. E. eingehen. Also Koalition um jeden Preis.

Zum zweiten Punkt (Lohnverhandlungen) erklärte er, die Kollegen mögen sich wohl nochmals ernstlich überlegen, ob es im gegebenen Augenblick zweckmäßig sei, den Tarifvertrag zu kündigen, ob es nicht besser sei, bis zum Frühjahr zu warten. Auch solle man die Argumente für die sofortige Kündigung anführen, wobei er sich insbesondere an Kollegen Alker wendet, weil sich derselbe in der Quartalsversammlung für die Kündigung einsetzte. Kollege Alker ist ihm die Antwort nicht schuldig geblieben, worauf Controwitz die Magenfrage allein nicht gelten lassen wollte, obwohl das Fleisch allein bis 60 Pfg. das Pfund anzog. Kollege Kuzora kritisierte in anschaulicher, verständlicher Weise das Zurückweichen der Verbandsinstanzen vor einem ernsten Kampf für Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und mißbilligte das Verhalten des Controwitz. Kollege Mayer aus dem Wagenwerk stellte sich auch auf den Standpunkt des Controwitz, anscheinend ist ihm der Verdienst noch zu hoch. Kollege Zydek verlangte die Kündigung. Kottusch erinnert Controwitz an seine radikalen Phrasen, die er im vorigen Jahre, wo er noch nicht fest angestellt war, in einer Belegschaftsversammlung drosch. Er faselte von 15 Pfg., aber abgefunden wurden die Kollegen mit 2—3 Pfg.

Unter dem Druck der Mehrheit beschloß man, eine Entschließung dem Bezirksleiter mit auf den Weg zum Hauptvorstand zu geben und eine Redaktionskommission zu wählen, um die nötigen Unterlagen zu beschaffen. Ebenso das Wirtschaftsgebiet I abzuschaffen.

Unter Verschiedenes brachte Kollege Kottusch zwei Resolutionen ein. Die eine besagte, daß der Hauptvorstand 5000 Mark für die ausgesperrten Ruhrarbeiter zur Unterstützung überweisen möge, die zweite verlangte, daß aus der Lokalkasse 200 Mark der Internationalen Arbeiterhilfe zur Speisung der Ausgesperrten zur Verfügung gestellt werden. Controwitz lehnte es ab, über die Resolutionen abstimmen zu lassen mit der Begründung, daß die IAH. eine kommunistische Organisation wäre, was ihm jedoch widerlegt wurde, da die IAH. jedem Arbeiter hilft, ohne Unterschied der Partei und des Religionsbekenntnisses.

Kollegen! Aus dem Verhalten dieser reformistischen Führer könnt ihr genau ersehen, daß sie auf Grund ihrer Wirtschaftsdemokratie nicht willens sind, einen energischen Kampf zu führen für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern feige zurückweichen und ein faules Kompromiß abschließen. Gerade das Verhalten dieses Controwitz, der sich den Anschein gibt, als ob er auf der Akademie der Arbeit den Geist mit Löffeln geschluckt hätte, müßte den Kollegen die Augen öffnen. Sie müssen hin bei gegebener Zeit samt seiner ominösen Bildung zum Teufel jagen. Die oberschlesischen Kollegen haben es satt, sich fortwährend seine demagogischen Phrasen auf die Nase binden zu lassen, darum heißt es, nun erst recht in den Versammlungen zu erscheinen und die Opposition zu unterstützen!

Ein neues Beispiel brüderlicher Solidarität

Trotz der schuftigen Verleumdungskampagne der reformistischen Gewerkschaftsführer wie Kontrowitz u. a. gegen die von der KPD. und der Internationalen Arbeiterhilfe organisierte Unterstützungsaktion für die kämpfenden Ruhrarbeiter wächst die Solidaritätsbewegung der Arbeiter auch in Oberschlesien. So wurden von unseren Genossen in der Lokomotiv-Werkstätte Gleiwitz in kurzer Zeit 61 Mark auf die Sammellisten der IAH. gesammelt und den ausgesperrten Arbeitern an der Ruhr überwiesen. **Arbeiter anderer Betriebe, machts nach!**

Oberschlesische Arbeiter schließt die Kampffront!

Heraus zur öffentlichen Versammlung

Gleiwitz: Donnerstag, den 29. November, um 19 Uhr, im Saale von Potrz, Kronprinzenstraße.

Donnerstag, 19 Uhr, im Saale Praschma, in Petersdorf:

Bistupitz-Borsigwerk: Freitag, den 30. November, um 17¼ Uhr, auf dem Marktplatz Borsigwerk.

Bobrek: Freitag, den 30. November, um 17¼ Uhr, auf dem Marktplatz.

Beuthen: Sonntag, den 2. Dezember, um 11½ Uhr, auf dem Ringe.

Ratibor: Sonntag, den 2. Dezember, 11 Uhr, auf dem Ringe.

Thema: Warum aktive Solidarität mit den Ruhrkumpels? Warum gemeinsamer Kampf?

Genossen, Arbeiter, sorgt für Massenbesuch!

Bezirksleitung Oberschlesien der KPD.

Gleiwitz

Gleiwitz hat 2478 Erwerbslose

Der städtische Pressedienst teilt uns mit:

Auch die Berichtswoche vom 14. bis 20. November 1928 hat eine weitere Verschlechterung in der Arbeitsmarktlage von Gleiwitz zu verzeichnen. Dem Gleiwitzer Arbeitsamt lagen am Ende der Woche 2478 Arbeitgesuche vor. Die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger ist erneut in der Arbeitslosenversicherung von 110 der Vorwoche auf 1203 und in der Krisenfürsorge von 155 der Vorwoche auf 162 gestiegen.

Schutz der Pflegekinder

Es ist noch vielfach unbekannt, welche Bedingungen bei der Annahme eines Pflegekindes zu erfüllen sind. Das Gleiwitzer Jugendamt beim Magistrat hat deshalb zur allgemeinen Information in kurzer Form eine Zusammenstellung über die wichtigsten Vorschriften gemacht, aus denen zu entnehmen ist, was besonders beachtet werden muß. Danach heißt es, daß derjenige, der ein Pflegekind aufnimmt, dazu der vorherigen Erlaubnis des Jugendamtes bedarf. Wer mit einem solchen Kinde in dem Bezirk eines Jugendamtes anzieht, hat die Erlaubnis zur Fortsetzung der Pflege unverzüglich einzuholen. Steht von vornherein fest, daß ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbsmäßig in vorübergehende Bewahrung genommen wird, so genügt die Anmeldung beim Jugendamt (vergl. § 20 des Jugendwohlfahrtsgesetzes). Wer den erlassenen Vorschriften entgegen handelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Anträge auf Erteilung der Erlaubnis sind im Büro des Jugendamtes, Karlstraße 14, mündlich oder auch schriftlich zu stellen. Die Pflegemütter haben diese Vorschriften zu beachten, wenn sie nicht bestraft werden wollen.

Hindenburg

Immer wieder die Donnersmarckhütte

Es gehört zu einer Seltenheit, wenn bei Sitzungen des Hindenburger Mietschöffengerichts nicht Klagen der Donnersmarckhütte auf Räumung der Werkswohnungen vorliegen. Erst in der letzten Sitzung mußte man sich mit acht Räumungsklagen beschäftigen, die von der Verwaltung der Donnersmarckhütte gegen abgebaute Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte angestrengt wurden. Nicht nur, daß man die Leute, die jahrzehntelang ihre Arbeitskraft den Aktionären verkauften, aufs Straßenpflaster warf, auch das Dach über dem Kopfe will man ihnen rauben. Als Begründung der Klagen auf Räumung der Wohnungen führt man größtenteils den Verzug der Mietzahlung an. Zahlen diese Leute böswillig die Miete nicht? Die Ursachen liegen in den miserablen Verhältnissen, in denen sie gezwungen sind, leben zu müssen. Man zahlt den Invaliden und Witwen

Unterstützungen aus der Arbeiterunterstützungskasse von 1,80 Mark

auf den Monat. Den alten kleinen Beamten gibt man widerrufliche Gnadenpensionen, die

unter dem Stundenlohn eines Generaldirektors

liegen. Dann besitzt die Verwaltung noch die Frechheit, die Leute wegen rückständiger Miete auf die Straße zu setzen. Kann sich die brutale Faxe der Kapitalisten noch erkenntlicher zeigen? Wir glauben, nein. **Sollte das nicht für alle anderen eine Lehre sein? Darum, auf, zum Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft!**

Man trägt dem Wunsch der Sozialdemokratie Rechnung

Der sehnlichste Wunsch der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion auf möglichste Ausschaltung der Bevölkerung als Zuhörer bei den Sitzungen des Stadtparlaments soll jetzt durch die neue Maßnahme des schwarzen Stadtverordnetenvorstehers erfüllt werden. Zur nächsten Sitzung sind den Fraktionen Zuhörerkarten, die sie zur Verteilung bringen sollen, zugestellt worden. Man wird sich fragen müssen, warum auf einmal diese Maßnahme? Die Beantwortung dürfte hier nicht schwer fallen. Die im „Hindenburger Tageblatt" gegebene Begründung, „um zu großen Andrang zu vermeiden", ist von den Herren herbeigezogen. Wahr ist vielmehr, daß einem durch den Fraktionsführer Hawellek schon seit Monaten geäußerten Wunsche auf Einführung von Zuhörerkarten der Vorsteher nachkommt. Natürlich findet dieser Schritt die volle Billigung auch der bürgerlichen Parteien. Hawellek ging noch weiter. Er verlangte, daß jeder Stadtverordnete eine Zuhörerkarte erhalte, wo er auf der Rückseite seinen Namen zu vermerken habe, um in dem Falle, wenn ein Zuhörer die „Ruhe und Würde" des Hauses verletze, zur Verantwortung gezogen werden zu können. Dieser „demokratische" Vorschlag ging selbst dem deutschnationalen Bergassessor Daniel zu weit und fand keine Gegenliebe. Dieser SPD.-Parteibonze ist noch reaktionärer als die Reaktionäre selbst.

Diese „Maßnahme" soll den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse nur ermöglichen, viel geräuschloser die Interessen der Ausgebeuteten mit Füßen zu treten. Die Sozis sind hierbei die Schrittmacher. Die Hawellek und Offowski, die die arbeiterfeindliche Politik des Reaktionärs Lukaschek stützen, haben das gleiche Ziel. Die werktätige Bevölkerung von Hindenburg wird sich nicht hindern lassen, als Zuhörer zu erscheinen, trotz dieser willkürlichen Maßnahmen. Nun erst recht zur nächsten Sitzung, die am Freitag, 16 Uhr, in der Aula der städtischen Mittelschule stattfindet, erscheinen!

Das Stadtblatt im Dienst der katholischen Kirche

In der Nr. 13 des „Hindenburger Stadtblattes", amtlicher Anzeiger der Stadtverwaltung Hindenburg, befindet sich eine öffentliche Bekanntmachung der Kirchengemeinden „St. Anna" und „Andreas", betreffend Einziehung der Kirchensteuer.

Es wird dort eingangs festgestellt, daß der weitaus größte Teil der Steuerpflichtigen noch für das erste Halbjahr nicht daran gedacht habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Ein sehr trübes Anzeichen, Herr Siara. Da scheint das ganze Kirchenbauen doch nichts zu nutzen. Ja, mit der Zeit merkt selbst der dümmste Prolet, was für einen guten Magen die Kirche hat und wie schamlos er von ihr ausgebeutet wird.

Schamlos muß man nämlich die Fortsetzung der Anzeige bezeichnen, in welcher den Steuerzahlern, wenn sie nicht bald daran denken, von ihren Hungerlöhnen, die ihnen ihre Brüder in Christo, die Ballestrem, Donnersmarck usw. zahlen, die Rückstände zu begleichen, die „zwangsweise Beitreibung, welche für sie mit nicht unerheblichen Kosten verbunden sei", angedroht wird.

Bei so viel Christentum und der Praxis bleibt einem doch die Spucke weg.

Nun noch ein paar Fragen an den Magistrat!

Das Stadtblatt wird aus kommunalen Mitteln, d. h. aus den Steuergroschen der werktätigen Bevölkerung hergestellt. Wieso kommen die Kirchengemeinden dazu, ihre schamlosen erpresserischen Anzeigen darin zu veröffentlichen? Sind sie etwa schon ein Teil der städtischen Verwaltung? Hat der Magistrat nicht andere Sachen zu publizieren? Wir protestieren entschieden dagegen, daß ein städtisches Anzeigenblatt dazu benutzt wird, für ein religiöses Unternehmen Reklametrommel zu werden oder dessen schamlose Forderungen zu veröffentlichen.

Die Arbeiter aber müssen daraus lernen. Weg mit der schwarzen Herrschaft im Hindenburger Magistrat. Keinen Pfennig Steuer der Kirche. Heraus aus der Kirche.

Der Magistrat teilt mit: Am 1. Dezember d. J. beginnen an der Gewerblichen Berufsschule, Redenstraße, neue Kurse in Metall- und Baugewerbe, ferner für Elektriker, Zimmerer, Maler, Dekorateure und Bäcker. Auskunft erteilt der Direktor der Berufsschule.

Beuthen

Auch eine Denkschrift über Wohnungsfragen.

Auch der Beuthener Magistrat, folgend den anderen Städten, fertigte eine Denkschrift über die Wohnungsnot an. Nach seinen Angaben sind

annähernd 4000 Wohnungsuchende in Beuthen,

und er schließt hieraus, daß von 100 Haushaltungen 16 ohne eigene brauchbare Wohnung sind. Der jährlich neu hinzutretende Wohnungsbedarf wird auf 825 Wohnungen beziffert. Er schließt die Denkschrift, daß notwendig sei, ein großzügiges Wohnungsbauprogramm, das sich hauptsächlich die Schaffung von Klein- und Kleinstwohnungen zum Ziel setzt. Was haben solche Denkschriften für einen Wert? Dadurch will man unter den tausenden Wohnungslosen neue Hoffnungen auf ein eigenes Heim wecken. An den elenden Wohnverhältnissen wird nichts geändert, sondern von Jahr zu Jahr stellen wir eine weitere Verschlechterung fest. Die Neubautätigkeit des Magistrats hat nicht mal bei weitem den neu hinzutretenden Bedarf befriedigt. Die Gelder der Hauszinssteuer werden zum geringsten Teil von Staat und Kommune für Bau von Arbeiterwohnungen verwendet. Auch der Beuthener Magistrat macht keine Ausnahme. Die Forderungen der Kommunisten auf kommunalen Wohnungsbau wurden durch die bürgerliche Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat abgelehnt. **Man gibt die Hauszinssteuer privaten Bauspekulanten, die aus dem Wohnungsbau ein gutes Geschäft machen.** Die Leidtragenden sind die werktätigen Mieter, die, wenn sie eine Neubauwohnung beziehen, durch den Mietwucher bluten müssen.

Die Denkschrift des Magistrats wird den Tausenden wohnungslosen Proleten eine Wohnung nicht verschaffen. Die werktätige Bevölkerung wird erst nach Beseitigung der bürgerlichen Republik in den Besitz gesunder und billiger Wohnungen gelangen.

Die Kehle durchschnitten

In der Nacht zum Freitag hat sich hier ein Mann mit dem Rasiermesser aus Nahrungssorgen die Kehle buchstäblich durchschnitten. Infolge Verblutung war der Selbstmörder bald tot. Seine Tochter versuchte ihm das Messer zu entreißen, doch ohne Erfolg. Sie erlitt schwere Schnittwunden an den Fingern.

Miechowitz

Der Dreck auf unsern Straßen

Infolge der anhaltenden nassen Witterung ist der größte Teil der Straßen unseres Ortes nur mit Langschäftern zu passieren. Die ausgefahrenen Straßen bedürfen dringend einer Ausbesserung. Wenn man bedenkt, daß die neu hergestellte Klosterstraße, auf der sich überhaupt kein Verkehr abwickelt, ganz unnütz ist, so muß man über den saftigen Dreck der Kirchstraße den Kopf schütteln. Unsere Gemeindeverwaltung hat scheinbar mit der neuen Klosterstraße ganz andere Absichten. Die neuerbaute Ziegelei des Gemeindeschöffen Madeisli liegt in deren Nähe und — — Gustlik, merkst du was?

An der Kleckserei scheint unsere Gemeindeverwaltung besonderes Interesse zu haben. Gegenwärtig wird an der Kirchstraße geklekselt und — wie man in der Gemeindevertretersitzung erfahren hat — wird an der Parkstraße, in der Nähe von Eisenberg, auch ein Kleks hingemacht werden. Warum nicht gleich ordentlich? Will man die an den Klecksen beteiligten Unternehmer öfters was verdienen lassen oder ist unsere Gemeinde durch den Bau der Bürgermeister-Prachtvilla so verschuldet, daß es zur ordentlichen Instandsetzung nicht langt?

Mikultschütz. Straßenunglück. In der Hauptstraße wurde ein Invalide von einem Auto so unglücklich angefahren, daß er bald darauf im Knappschaftslazarett verstarb.

Ratibor

Das Ratiborer Versorgungsamt hat den nächsten Untersuchungstag im alten Landratsamt zu Cosel, Hofgebäude, auf Dienstag, den 27. November, von 8 bis 13 Uhr in allen Versorgungsangelegenheiten festgesetzt.

Oppeln

Geschäftsfreie Sonntage

Für alle Geschäftszweige des Handelsgewerbes sind als geschäftsfreie Sonntage vor Weihnachten in diesem Jahre für den Stadtkreis Oppeln freigegeben: Sonntag, der 9., der 16. und der 23. Dezember für die Zeit von 8—9 Uhr und 11—18 Uhr.

Vom Fundbüro

Im Fundbüro (Rathaus, Zimmer5) sind in der Zeit vom 13.—23. d. M. als gefunden gemeldet worden: eine goldene Damenuhr, eine silberne Damenarmbanduhr, ein leeres Portemonnaie, ein Geldbeutel mit kleinem Geldinhalt, zwei seidene Kopftücher, neu.

Zahlung der Militär- u. Altersrenten. Die Zahlung der Militärrenten findet am Donnerstag, den 29. November, die der Alters-, Invaliden- usw. Renten am Sonnabend, dem 1. Dezember in der Turnhalle in der Odervorstädt, und zwar von 7,30 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr statt.

6. Weltkongreß

Der Bericht vom 6. Weltkongreß der Komintern und seinen wichtigen Beschlüssen wird in folgenden Ortsgruppen und Zellen gegeben:

Dienstag, 27. 11.: Straßenzelle Hindenburg-Nord, Lokal Roth, Paulstraße, 19,30 Uhr. Kreuzburg: 19 Uhr, Lokal Glogowski. Zellen C 2 und C 3: 19 Uhr bekanntes Lokal.

Mittwoch, 28. 11.: Bankau, 18,30 Uhr, bekanntes Lokal.

Sonnabend, 1. 12.: Straßenzelle Hindenburg-Süd, 18,30 Uhr im Lokal Ullmann. Markowitz, 18 Uhr im Lokal Latton.

Freitag, 19 Uhr: Kgl. Neudorf, Mitgliederversammlung im Gasthaus Scheithauer.